

Telephon Nr. 2325.

Der

Gesamt 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

**Sprechstunden**

Jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

**Insertionspreis:**

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

**Abonnements-Bedingungen:**

Halbjährlich ..... Kr. 2.88  
Ganzjährlich ..... 5.76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft fernens  
Dass Brot und Arbeit uns gerühret seien,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Dreize nicht mehr betteln gehen.  
G. Hermann.

Nr. 9

Wien, den 20. März 1912.

20. Jahrg.

## Die Kartell-Majorität.

Vor ein paar Tagen war im Parlament die Abstimmung über die Anträge des Steuerungs-ausschusses und wieder hat die Majorität des Hauses gezeigt, daß sie nicht Willens ist, gegen die Verteuerung aller Waren die Maßregeln zu ergreifen, die den Mächtigen wehe tun könnten.

Als die große Volksbewegung durch Oesterreich ging, die die Öffnung der Grenzen für überseeisches Fleisch zum Ziele hatte, da wurde der Sozialdemokratie entgegengehalten, daß sie nicht die richtigen Mittel gegen die Verteuerung anstrebe, und der Ministerpräsident Baron Gautschi in eigener Person war es, der den Sozialdemokraten diesen Vorwurf machte. Die Kartelle seien die eigentlichen Verteuerer, hieß es damals. Am 15. September 1911 — zwei Tage vor dem Verzweiflungsausbruch in Ottafing — sagte Baron Gautschi in der Konferenz der Obmänner der parlamentarischen Klubs: „Man vergißt oft, daß auch andere Ursachen bei der Verteuerung mitspielen: Vor allem die Kartelle und der Zwischenhandel, die hier eine große Rolle spielen. Allerdings wird dies von der Bevölkerung weniger begriffen.“

Also damals, als die Bevölkerung billigeres Fleisch verlangte und zu diesem Zwecke Öffnung der Grenzen, hieß es: „Ihr vergesst die Kartelle!“ Und deshalb lehnte man damals die sozialdemokratischen Anträge, die die Öffnung der Grenzen verlangten, ab. Jetzt aber handelt es sich um die Kartelle und nun lehnen sie die Maßregeln gegen die Kartelle ab.

Der schlaue Einfall der Nationalverbändler, sich um die Abstimmung herumzudrücken, indem man alle Anträge an irgendwelche Ausschüsse zurückverweist, ist allerdings mißglückt. In einer namentlichen und drei gewöhnlichen Abstimmungen wurde der von dem Polen Baranski und dem Nationalverbändler Teufel gestellte Rückverweisantrag abgelehnt und nun mußten sich die Herren bequemen, Farbe zu bekennen. Sie taten da nach der schon üblichen Methode: Der eine saß, der andere stand! nur daß diesmal viel mehr noch saßen, als sonst. So gelang es den Herren, alle entscheidenden Anträge zur Ablehnung zu bringen.

Da ist vor allem der Antrag, der sich auf administrative Maßnahmen gegen die Kartelle bezieht. Er verlangt, daß die Regierung dem Abgeordnetenhaus tunlichst bald Bericht erstatte, ob und inwiefern sie die Vorbedingung für die Monopolisierung zunächst des Großhandels mit Eisen, Zucker, Bier, Petroleum, Spiritus, Kohle, Seife, in weiterer Folge auch die Monopolisierung der Produktion dieser Waren gegeben hält, und verlangt ferner, daß, insofern als ein Kartellgesetz nicht besteht, dem Wucher der Kartelle durch Entziehung aller Begünstigungen auf den Staatsbahnen und durch strengste Handhabung der Gesetze entgegenwirke.

Also im Wesen: Vorbereitung der Ersetzung der Privatmonopole durch Staatsmonopole und strengste Handhabung der Gesetze gegen die Kartelle. Das haben die Nationalverbändler und die Christlichsozialen zu Falle bringen helfen, und es waren kein Dutzend von Abgeordneten beider Parteien, die für diesen Antrag stimmten. In Deutschland hat die Regierung von selbst, ohne Antrag einer Partei, erklärt, daß sie die Frage der Ersetzung der Privatmonopole durch Staatsmonopole in Erwägung ziehe, aber bei uns stimmen die Parteien dagegen. Da schreien sie immer über die Ausbeutung durch die Kartelle und insbesondere durch das Eisenkartell, und wenn die Sozialdemokraten beantragen, die Regierung solle er-

wägen, ob man die Kartelle nicht einfach in Staatsmonopole verwandeln soll, stimmen Nationalverbändler und Christlichsoziale für die Kartelle. Statt dessen haben sie beschlossen — wie es der Polenklübler Steinhaus beantragte — die Regierung aufzufordern, „insofern als ein Kartellgesetz nicht besteht, den kartellierten Unternehmungen gegenüber diejenigen administrativen Maßnahmen in Anwendung zu bringen, welche geeignet wären, dieselben zu einer billigen Preispolitik zu verhalten“. Also ein durchaus nichtsagender Beschluß, der jede präzise Anweisung an die Regierung vermeidet und das, obwohl die Regierung durch ihr Verhalten bei der Beratung dieser Anträge gezeigt hat, daß sie den Kartellen nichts zuleide tun will. Der Regierung, die die Geschäfte der Bodenkreditanstalt unterstützt, wollen sie nicht mehr auftragen, als daß sie — was der Beschluß im Wesen bedeutet — tut, was sie will. Und damit man genau versteht, wie sie das meinen, haben dieselben Parteien mit 243 gegen 165 Stimmen — wieder stimmten von allen Nationalverbändlern und Christlichsozialen keine 12 Leute dafür — den Antrag Domes abgelehnt, der der Regierung das Mißtrauen ausdrückt, weil sie den Beschluß des Hauses, der zur Bekämpfung der Zuckerverteuerung die Aufhebung des Scharinverbotes verlangte, mißachtet hat.

Im Steuerungs-ausschuß haben die Herren Nationalverbändler und Christlichsozialen einstimmig für den Antrag Renner gegen die Kartelle gestimmt, im Parlament haben sie den Antrag abgelehnt. So wurde ihre Demagogie entlarvt. Im Ausschuß wagten sie es nicht, den sozialdemokratischen Argumenten entgegenzutreten. Im Hause fürchteten sie, es sich mit der Regierung und mit den Kartellisten zu verderben, wenn sie für eine energische Bekämpfung der Kartellwucherer stimmten.

## Ein Brottruff.

Amerika ist bekanntlich das Land der höchsten kapitalistischen Entfaltung. Die wirtschaftlichen Kräfte, die die moderne Technik des zwanzigsten Jahrhunderts in sich schließt, sind hier ungehemmt und von keinen irgendwie ihre Entwicklung störenden Beschränkungen beengt, zur höchsten Reife gediehen, und der Kapitalismus steht ökonomisch gleichsam am Gipfel seiner letzten Vollendung. Die Tendenz zum Großzügigen, die zugleich die Unterdrückung und die schließliche Ausschaltung des Einzelwillens aus der Gütererzeugung in sich schließt, sehen wir heute, wo die Technik Siegerin über das zumstümliche Handwerk geworden ist, überall, gleichviel, in welchem Tempo auch die Entwicklung selbst vor sich geht. In Deutschland und selbst in dem wirtschaftlich so sehr zurückgebliebenen Oesterreich ist der Uebergang vom Einzelbetrieb zur großkapitalistischen Produktion gleichsam mit Händen zu greifen, wenn hier auch vorerst — wie das überall in der Natur der Sache liegt — nur jene Betriebsarten davon betroffen werden, wo der Produktionsprozeß infolge seiner besonderen Eignung allen technischen Neuerungen und Fortschritten unterworfen war. In Amerika freilich, wo sich der ganze Prozeß der Entwicklung viel rascher, in gleichsam ungeheuren Dimensionen vollzog, blieb freilich die Ueberführung des zwerghaften Einzelbetriebes in die neue kooperative Form der modernen kapitalistischen Gütererzeugung nicht bei der Industrie stehen, die sich dazu zunächst für geeignet zeigte. Der Prozeß der kapitalistischen Umwandlung hat hier auch bereits das Gewerbe in einer Art ergriffen, die zugleich einen jähen Untergang aller etwa noch bestehenden kleingewerblichen Betriebe bedeutet.

Das Gewerbe, um das es sich handelt und das vielleicht am wenigsten für die amerikanische Verteilung geeignet erschien, ist die Erzeugung von

Brot und Backwaren. Gleichwie in vielen anderen Gewerben beherrschen jetzt in der Miesenstadt New York drei mächtige Gesellschaften General Baking Company, Shults Baking Company in New York und Ward Baking Company mit einem Kapital von zusammen 50 Millionen Dollars den ganzen Brotmarkt und schlagen jede Konkurrenz erfolgreich aus dem Felde. Aber vorderhand arbeiten die drei Gesellschaften noch jede auf eigene Faust, und die Verschmelzung zu einem einheitlichen Trust ist noch nicht durchgeführt. Aber mer das fabelhafte Bild der amerikanischen Entwicklung beobachtet, für den steht es außer Zweifel, daß deren Zusammenschluß zu einem regelrechten Brottruff, der den ganzen Lebensmittelmarkt souverän beherrschen wird, nur eine Frage der Zeit ist. Amerika ist bekanntlich das Land der Miesentruffs, die sich über die Kartelle, wie wir sie vorläufig bei uns haben, hinweg allmählich gebildet haben. Welche Ausdehnung und Macht sie schon vor zehn Jahren erlangten, dafür mögen folgende Beispiele zeugen, die wir einem Artikel des Professors Thomas Will (veröffentlicht in der „Humanité Nouvelle“, Oktober 1902) entnehmen:

Amalgamated Copper Co. (Kupfertruff)	300 Millionen Mark
American Steel and Wire Co. (Stahl- und Drahttruff)	360
American Sugar Refining Co. (Zuckertruff)	292
Continental Tobacco Co. (Tabaktruff)	388
Distilling Company of America (Spiritus-truff)	318
Federal Steel Company (Stahltruff)	512
National Tube Company (Röhrentruff)	320
Standard Oil Company (Petroleumtruff)	390
U. S. Leather Company (Ledertruff)	520
Western Union Telegraph Co. (Telegraphentruff)	450
Anthracite Coal Trust (Kohletruff)	600
Atlantic Passenger Steamship Pool (Ozeandampfertruff)	400
Beef Trust (Fleischtruff)	400
Zusammen 13 Trusts mit einem Kapital	von 5250 Millionen Mark

„Angesichts dieser gigantischen Anhäufung von Macht,“ sagt Will, „erscheint eine mittelalterliche Monarchie als Zwerg. Das Reich Rockefeller oder Rovein Greens — des ersten Begründers amerikanischer Trusts — ist weit glänzender und gewaltiger als es das Reich Karl des Großen war. Und doch sind die ersten Trusts schon überholt durch jene, die sich im letzten Jahrzehnt bildeten. Und unser Verstand schwindelt bei dem Gedanken an den kommenden Trust des Trusts, der alle 265 oder mehr Trusts umfaßt, die sich gebildet haben und noch bilden... Wer ist Optimist genug, zu glauben, eine politische Demokratie und ein derartiger entfesselter industrieller Despotismus könnten auf die Dauer in Amerika zusammenwohnen?“ Hinter allen diesen industriellen Riesengebilden, die unser Begriffsvermögen schwindeln machen, stehen natürlich in weiterer Linie die Banken. Das Bankkapital, das in den letzten Jahren auch bei uns immer stärker an den industriellen Gründungen beteiligt ist, bildet sozusagen die letzte Etappe in dieser fabelhaften Entwicklung, die der Kapitalismus eingeschlagen hat. Vor ein paar Tagen erst konnte man in den Wärfenrubriken der Wiener Tagesblätter lesen, daß in New York sich eine Fusionierung verschiedener Banken zu einem Banktrust vollzogen habe, der auch seine industrielle Beteiligung erweitern wird. Die Depositen dieses neugemeldeten Banktrusts betragen 200 Millionen Dollars. Damit sind aber die Fusionierungen nicht abgeschlossen, da dem Banktrust noch der vom Morgen aus der Hinterlassenschaft des vor drei Jahren verstorbenen amerikanischen Eisenbahnkönigs Harriman übernommene Trust angegliedert werden soll, wonach die Trustkompanie über ein Kapital

von 1214 Millionen Dollar verfügen würde. Was das bedeutet, wenn diese Summen in den industriellen Trustunternehmungen verwertet werden, davon erblickt natürlich unsere lebhafteste Vorstellung.

Ist also der angekündigte Protrakt neben dem Fleisch- und Bäckertum einmal verwirklicht, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß es in der ganzen Lebensmittelbranche mit den Klein- und Mittelbetrieben vorbei ist. Die Mächte, die hier mit geradezu verheerender Gewalt wirken, sind so sichtbar, daß kein normal Denkender mehr an die Aufrechterhaltung des Gewerbebestandes von einst glauben kann. Bedeutet schon der Bestand solcher industrieller Niesenbetriebe, wie es die drei genannten Bankgesellschaften sind, für Tausende von kleinen Bäckern und Mehlern den wirtschaftlichen Untergang, so wird deren Verschmelzung zu einem Trust nach Art anderer Industriegruppen einfach mit dem noch etwa vorhandenen Rest von selbständigen Existenzen gründlich aufräumen.

Für das Zukunftsbild in Oesterreich mag es ein Trost sein, daß hier die kapitalistische Entwicklung kaum ein schattenhaftes Bild von der amerikanischen Entwicklung zu bieten vermag. Aber für die, die in jedem Konsumverein und in jeder bescheidenen Lohnforderung der Arbeiter die Ursachen für den Ruin des Kleingewerbes erblicken, sind diese wirtschaftlichen Tatsachen, wie wir sie hier gesehen, ein lehrreiches Schulbeispiel, wo die unaufhaltsam wütenden Mächte zu suchen sind, die die Grundlagen des gesamten Mittelstandes unterwühlen. Daß sie sich auch in Oesterreich nicht bannen lassen, zeigt die Tatsache deutlichsten, daß, obwohl wir die stärkste Mittelstandspolitik der Welt bisher betrieben, das Kleingewerbe ständig zurückgeht, während gleichzeitig die Großproduktion ein Gebiet um das andere erobert. Und gerade in den letzten Jahren mehrten sich die ziffermäßigen Nachweise, wie die großen kapitalistischen Gründungen unter Zuhilfenahme des Bank- und Finanzkapitals aus dem Boden wachsen, so daß die Tendenz immer sichtbarer wird, daß die Entwicklung auch bei uns, wenn auch langsam, jene Wege einschlägt, die in Amerika und England zu einer so fabelhaften Konzentration der kapitalistischen Mächte geführt haben. Für die Arbeiterschaft, die über den Gang der Dinge nie im Zweifel war, und deren nationalökonomische Lehrmeister die Nichtlinien dieser Entwicklung voraus sagten, liegt darin sicher kein Unglück. Sie rüstet sich gegen die neue kapitalistische Macht, die im Entstehen begriffen ist, rechtzeitig. Im politischen Tageskampf, wie in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen wird sie sich ihre Waffen schmieden, mit denen sie dem neuen Feind, der ihre Bewegungsfreiheit und ihren wirtschaftlichen Aufstieg bedroht, erfolgreich begegnen kann!

## Eine Eisenbahnkatastrophe bei Krafau.

Drei Tote, mehr als hundert Verwundete.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe hat sich am Dienstag den 13. d. M. in den ersten Morgenstunden in Trzebinia ereignet. Es handelt sich um den Zusammenstoß einer Versuchslokomotive mit einem Arbeiterzug, wobei über hundert Personen, unter ihnen etwa dreißig schwer und drei tödlich, verletzt wurden. Die Schuld an der Katastrophe wird in erster Linie den mangelhaften Geleiseanlagen in Trzebinia zugeschrieben, die ein gefahrloses Verschieben der Züge an dieser überaus wichtigen Kreuzungsstelle unmöglich machen. In den letzten Tagen sind nahezu täglich zwei bis drei Auswandererzüge mit durchschnittlich 800 bis 1000 polnischen und ruthenischen landwirtschaftlichen Feldarbeitern, sogenannten Preußen- und Sachjengängern, nach Deutschland, hauptsächlich Preußen und Sachsen, abgegangen. In dem verunglückten Zuge befanden sich, wie nunmehr bahnamtlich festgestellt wurde, 800 Arbeiter, meist ruthenische Bauern aus Ostgalizien und polnische landwirtschaftliche Arbeiter aus Russisch-Polen, die sich nach kurzem Aufenthalt in Galizien nach Deutschland auf die Arbeitssuche begeben wollten. Die Arbeiter waren in den Waggons des Zuges förmlich eingepfercht und nur so läßt sich die überaus große Anzahl der Verletzten erklären.

Der verunglückte Zug hatte um 4 Uhr 20 Minuten früh die Station Trzebinia verlassen und war in der Richtung nach Szczafowa gefahren, als an der Kreuzung, wo sich die Geleise bereits in der Richtung nach Deutschland wenden, ein Güterzug einer Raffinerie dahergefahren kam und dem Auswandererzug direkt in die Flanke fuhr. Das Tempo der beiden Züge war im Moment der Katastrophe kein besonders schnelles und trotzdem ist der Umfang des Unglücks ein so grauenerregender. Der Lokomotivführer des Auswandererzuges hatte im letzten Moment den ihm entgegenfahrenden Güterzug bemerkt, gab zwar Kontrerdampf, doch war es bereits zu spät, um das Unglück zu vermeiden. Die Waggons des Auswandererzuges fuhren an den Güterzug an und wurden vielfach zertrümmert. Aus den Trümmern des Zuges erscholl lautes Wehklagen und Schreien. Das Zugpersonal, soweit es unverletzt geblieben war, beteiligte sich sofort mit heldenhaftem Eifer an den Rettungsarbeiten. Aus den Stationen Trzebinia und Szczafowa wurden Bahnarbeiter herbeigeholt und auch die unverletzt gebliebenen Auswanderer beteiligten sich an der Bergung und Rettung der Verletzten. Aus Trzebinia waren alsbald Ärzte erschienen, die jedoch angesichts der überaus großen Anzahl der Verletzten nicht ausreichten, um auch nur die notwendigste Hilfe zu leisten. Der Bahnhof von Trzebinia, in dessen Wartesaal die Verletzten getragen wurden, glückte alsbald einem Lazarett. Mehrere der Schwerverletzten waren bewußtlos und wurden im ersten Moment für tot gehalten.

Die Verletzungen, welche die Opfer der Katastrophe erlitten hatten, waren mitunter sehr schwer. Brüche von Armen und Beinen, Quetschungen und Pressungen waren an den Opfern der Katastrophe zu bemerken. Da sich die Katastrophe zu früher Morgenstunde ereignete, herrschte noch Dunkelheit, die den Schrecken noch erhöhte. Viele der geretteten Arbeiter schickten panikartig und es dauerte geraume Weile, bis sie sich soweit von ihrem Schrecken erholt hatten, daß sie zur Unfallstelle zurückkehrten und sich hier an den Rettungsarbeiten beteiligten.

Von der Katastrophe wurde sofort nach Krafau Meldung erstattet mit der dringenden Bitte, sofort einen Hilfszug mit Ärzten und Sanitätsmaterial zu entsenden, da die vorhandenen Kräfte in Trzebinia nicht ausreichten, um den Opfern der Katastrophe entsprechende ärztliche Behandlung zuteil werden zu lassen. Inzwischen wurden von dem Personal in Trzebinia die Bergungsarbeiten fortgesetzt. Vielfach bedurfte es anstrengender Arbeit, um die Verletzten aus den Trümmern, in denen sie förmlich eingeklemmt waren, heraus-

zuziehen. Unbeschreibliche Szenen spielten sich fortgesetzt an der Unfallstelle ab.

### Die Heldentat eines Kondukteurs.

Als ein Glück im Unglück ist es zu bezeichnen, daß sich der Kondukteur des verunglückten Auswandererzuges, Michalec, trotz der furchtbaren Aufregung, welche an der Unfallstelle herrschte, noch rechtzeitig bewahrte, daß im nächsten Moment der Krafau-Wiener Schnellzug fällig sei. Mit lieberhafter Hast ergriff Michalec trotz des herrschenden Chaos eine Signallaterne, zündete sie eilends an und eilte dem Schnellzug entgegen, dessen Rufen bereits hörbar war. Der wackere Kondukteur gab mit der Laterne ununterbrochen Signale, und als der Zug heranbraute, schrie Michalec außerdem noch aus Leibeskräften dem Lokomotivführer zu, sofort zu halten. Der Lokomotivführer hatte die Signale des Kondukteurs bemerkt und sofort die Vakuumbremse in Tätigkeit gesetzt, so daß die Passagiere des Schnellzuges, die meist noch schliefen, läß aus dem Schlafe gerüttelt wurden. Von den Schienen brühten infolge des Radrutschens förmliche Funkenregen ab, aber es gelang dem Lokomotivführer doch, da er gleichzeitig den Beiseitekondukteur des Schnellzuges mit der Dampfpeife das Signal zum Bremsen gegeben hatte, den Schnellzug etwa zwanzig Schritte von der Unfallstelle entfernt zum Stehen zu bringen. Wäre das Notignal des wackeren Kondukteurs übersehen worden und der Schnellzug in den Trümmern der ersten Eisenbahnkatastrophe hineingefahren, so wäre der Umfang der Katastrophe geradezu unabsehbar gewesen.

### Der Transport der Verwundeten.

Als sich die Nachricht von der furchtbaren Katastrophe in der Stadt verbreitete, strömten Hunderte und Hunderte von Personen zum Bahnhof, um die Ankunft des Hilfszuges mit den Verletzten abzuwarten. Als nach 10 Uhr vormittags der Hilfszug aus Trzebinia eintraf und die ersten Verletzten auf die Tische und Bänke der Wartehalle gelegt wurden und das Wehklagen der Verletzten weithin vernehmbar war, ging eine furchtbare Aufregung durch die Menge und vielfach hörte man Schreien und Weinen. Die Ärzte beschäftigten sich sofort mit den am schwersten Verletzten, legten ihnen Notverbände an und sorgten für den Transport in die Spitäler. Der Zustand mehrerer der in die Spitäler gebrachten Verletzten war ein derartiger, daß sofort Amputationen vorgenommen werden mußten. Man befürchtete, daß mehrere der Verletzten die Nacht nicht überleben werden. Sämtliche Krafauer Ärzte stellten sich in den Dienst des Rettungswerkes, da die Zahl der Spitalärzte nicht ausreichte, um angesichts des ungeheuren Umfangs der Katastrophe reich und entsprechend ärztliche Hilfe erteilen zu können.

### Die Zahl der Verletzten.

Die Zahl der Verletzten wird mit 128, die Zahl der Toten mit drei angegeben. Unter den Verletzten befinden sich 28 Schwerverletzte, etwa 50 minder Schwerverletzte und 50 Arbeiter, die mit Verulen und Quetschungen geringeren Grades davongekommen sind.

## Baugenossenschaften und Wohnungsfrage.

I.

Das Wohnungselend und seine Ursachen. — Die genossenschaftliche Selbsthilfe in England — Oesterreich.

Zu den verderblichsten Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört das Wohnungselend — das

## Feuilleton.

### Jöhn.

Von J. v. Lagin.

Kamp hoch oben!  
Pfeifen, Toben,  
Schreien, Prasseln und Gestöhn;  
Blitzumlosten  
Königsboten  
Wählt der Beng und scheidt den Jöhn.

Und ich breite weit die Arme,  
Wie ein Chmbal klingt mein Sinn:  
Stärke mich, daß ich erwarme,  
Reiß' mich auf und nimm mich hin!

„Ich muß fällen  
Und zerstellen,  
Was da morsch und well und zag;  
Kann nur geben  
Frisches Leben,  
Wer mir widerstehen mag.

Hast du Mut, sei Kampfgeselle,  
Und erklingend birst dein Eis;  
Bist du Flamme, lohe, schwell  
Oder lisch im Sturme!“ — Sei's!

Bring' Erfüllung —  
Liebste Stilleung,  
Wenn der Funkenrest berglomm —  
Ob Bewährung,  
Ob Verheerung:  
Wider Lebensherold, komm!

### Die neue Eisenbahn\*).

Von Hans Fraungruber.

Die Einschlichter Bauern sind in hellem Aufruhr. Jahrzehntelang fürte nichts den Frieden ihres weltentlegenen Grabens; es war ein Ereignis, wenn im Sommer ab und zu

\*) Aus: „Auffeer G'schichten.“ Verlag von P. Neclan Junior.

ein Fremder mit dem Rucksack auf dem Buckel durch das Hochtal zog, um eine der benachbarten Höhen zu erklimmen, die von jeder anderen Seite dankbarer zu besteigen waren und daher gewöhnlich von dort aus besucht wurden. Der Fremde versorgte dann das Tagesgespräch am Wirtschaftstische und der heimgekehrte Bauer erzählte seiner besseren Hälfte schon am Antrittstische: „Du, heut' war wieda amol so a herrische Schnal' da, der sib's Gnad ohstöß'n will.“

Und nun sollten diese Besuche ein tägliches Schauspiel werden; von früh bis abends sollten fortan Scharen fremder Menschen durch die Einsicht ziehen und die Bevölkerung sich daran gewöhnen, in der Woche mehr Unbekannte als Einheimische zu sehen — denn das Tal bekam eine Eisenbahn.

Der Bürgermeister hatte die Nachricht aus der Stadt gebracht. Schon vor Monaten war ab und zu davon die Rede gewesen, dann verstummte das Gerücht wieder, aber heute stand es schwarz auf weiß in der Zeitung, daß der Bahnbau beschlossene Sache sei. Der Bürgermeister hatte es selbst gelesen.

Wie ein Lauffeuer flog die Kunde von einem Gehöfte zum andern, und der No., „ungerlmecht, der die Geschäftstüde vom Ortsvorsteher in die Stadt und zuweilen einen Brief für die Talinsassen brachte, hielt auf dem Kreuzwege an, steckte die Finger in den Mund und tat einen endlosen Pfiff, wie er ihn zur Zeit der Waffenübung von einer wirklichen Lokomotive gehört hatte.

Abends war beim Gemeindevirt der große Tisch am grünen Kachelofen bis auf das letzte Plätzchen besetzt und es ging lebhafter zu als bei einer Ortsitzung. Der Bürgermeister erzählte schon zum dritten Male, was er von der Sache in Erfahrung gebracht, und verfehlte auch nicht als aufgestärkter und fortschrittlich gesinnter Mann seine Genugtuung über den voraussetzlichen Aufschwung der Gemeinde auszudrücken. Allein der brave begegnete keiner Zustimmung, seine Gemeindegensossen waren fast durchweg konservativer Naturen, die schon ein neuartiges Adergerät, das die Väter noch nicht gekannt, mit bedächtigen Mitzrauen betrachteten. Und nun gar eine Eisenbahn!

„Paßt m'r nit,“ murkte der Gallenloiperl und wühlte mit dem Zeigefinger in seiner kurzen, qualmenden Pfeife; „na, na, paßt m'r gor nit!“ „Sagt ja“, schrie der Hofjangerbauer, „zu was hab'n mir das neumodisch Glumpert vonnöten? Was tuat's, wann amol so a Pratl durchgeht und stampft uns den ganzen Habern z'samm, han?“ — „Das g'hört nacher in d' Wildschadenversicherung,“ lacht der

Simandlbauer, „na, solang' i meine braven Schimmeln han, g'laßt mi um toa Eisenbahn nit. Mi nit, das sag' i schon! Und d's Pfeiferei 'n lieben Tag, als holet der Gangerl a arme Seel' — hört's m'r auf!“ — Der Bürgermeister klopf mit dem Siegelring an ein Glas und reicht es der schlaftrigen Kellnerin zu erneuter Füllung. — „Langsam voran, Zeit, langsam voran! Laßt's ent die Sach' ausdeutschen: War's denn nit a schön's G'schäft für die G'moon? Meis'nt schimpft's über die stonigen Grund', d's kaum's Umbrechen zahl'n, und hiaz, wo m'r's um a heidenmäßig's Geld ahg' löst kriagen, hiaz seids alle so hochboanig?“ Bedächtig führt er das Glas zum Munde und späht über den Rand hin nach der Wirkung seiner Worte. Der Schlaufosv kennt seine Landsleute, und es wundert ihn nicht, daß der Neutbickler gleich das Wort ergreift.

„Um die Grund' wa' mir nit,“ meint der Alte, der sein erledigtes Geld im Viehhandel erworben hat, „für's Quatta bleibt noch g'mia über; aber wer steht oau gut, daß die G'sellschaft zahlen kann? Heutzutag' heben i Fabriken und Eisenbahnen auf Schulden an. Sicher muoch man geb'n, hat der rauschig Wachel g'sagt, wie er auf'n Boden geleg'n ist!“ — „Was fällt dir ein?“ meht der Ortsvorstand ab; „unser Bahn bau ja 's Land und da is dir's Geld so sicher wie dahoam in Kastenladl.“

„Sel moan i ah!“ bekräftigt sein Schwager, der Vocherl am Bühel. „Deswegen moan i — 'n Bahnhof sollt man eahn lassen! 'n Bahnhof kunnten i derweil herbauen; mit der Eisenbahn aber, d's überlegen wir uns noh!“

Es bedurfte dringender Argumente, um den halb Zustimmungen begreiflich zu machen, daß in solchem Falle das A-sagen nicht genüge. So gelang es dem dringenden Bürgermeister erst nach längerer „Sizung“, die harten Köpfe zu erweichen. In lebhaft disputierenden Gruppen stauten sich Bauern ihren Gehöften zu, nur der Gallenloiperl konnte sich von dem grünen Kachelofen nicht trennen, stopfte bedächtigt sein Pfeiflein und murkte bei jedem Zuge aus dem Dedelglase: „Das paßt m'r nit!“

Die Gemüter in der Ortsgemeinde beruhigten sich allgemach und wendeten sich anderen Dingen zu, bis nach etlichen Wochen ein neues Ereignis allgemeine Aufregung verursachte.

Vor dem Gemeindevirtshaus hielten eines Tages ein paar Wagen, denen eine Gesellschaft städtisch gekleideter Herren entstieg, die nach kurzer Labung, während der sie den Bürgermeister zu sich gebeten, einen Gang durch das Hochtal

Wohnungselend der besitzlosen Volksklassen. So wie alles, erfolgt auch die Befriedigung des Wohnbedürfnisses — neben dem Nahrungs- und Kleidungsbedürfnisse das ursprünglichste! — im Zeitalter des Kapitalismus in völlig anarchischer Weise. Denn nicht das Bedürfnis, sondern das Profitinteresse der Grund- und Bodenbesitzer entscheidet darüber, ob Wohnungen herzustellen seien, und dieses Profitinteresse ist ein rein kapitalistisches, das auf den Bedarf nicht die geringste Rücksicht nimmt. Rücksichtslos treibt der Grundspekulant den Preis seiner Grundstücke in die Höhe; skrupellos ist der Baugewerbetreibende bemüht, seinen Auftraggeber zu übervorteilen, und daß der Kapitalist, welcher das Baukapital herleiht, Wucherzinsen herauszupressen bestrebt ist, versteht sich von selbst. Mit ihnen zugleich teilen sich Staat, Land und Gemeinde in die Beute. Nicht der letzte in der Reihe ist der Hausherr, der den stattlichen Rest — auf Kosten der Mieter! — zu vergrößern sich bemüht, indem er die Mietpreise nach Möglichkeit bei jeder Gelegenheit hinaufschraubt und an allen Ausgaben spart, durch die das Haus wohllicher, gesünder und bequemer gemacht werden könnte.

So ist die ganze Zinsenlast für das in den Häusern investierte Kapital auf die Mieter gewälzt, die darunter schier zusammenbrechen. Wenn sie sich auch noch zu einschränken, müssen sie doch einen verhältnismäßig großen Teil ihres Einkommens für die Wohnung opfern. Die Nahrung und Kleidung wird auf das Notwendigste reduziert, auf die Kulturzwecke weitestgehender Verzicht geleistet, nur um nicht obdachlos zu werden! Daß diese Entbehrungen für die Bevölkerung von den furchterlichsten Folgen begleitet sind, ist eine so offenkundige Tatsache, daß sie heute von keiner Seite mehr geleugnet wird. Um nur den Wohnungspreis erschwingen zu können, werden sich die arbeitenden Klassen in die elendesten Höher ein. Diese Ueberfüllung in den ganz unhygienischen „Wohnungen“ zeitigt dann jene Erscheinungen, über welche die „bessere“ Gesellschaft entweder hochmütig die Nase rümpft oder achselzuckend zur Tagesordnung übergeht: Physische Degeneration, Kindersterblichkeit, Trunksucht, Prostitution, Verbrechen — all diese schönen Dinge hängen mit dem Wohnungselend ursächlich zusammen, werden durch dasselbe erzeugt oder doch wesentlich gefördert. Die Noth, die Unsitlichkeit, die Unreinlichkeit, die Unzufriedenheit der Armen, über die sich die gewissen Sittenprediger in Kutte und Uniform so oft beklagen, haben ihre Hauptquelle in den erbärmlichen Wohnungszuständen, unter welchen heute der weitaus größte Teil des Volkes leidet. Der Sinn für Ordnung, Sparsamkeit und Häuslichkeit, worauf die herrschenden Klassen so viel Gewicht legen, kann sich unmöglich in einer „Wohnung“ entwickeln, deren Inhaber Mieter und Bettgeher zu Hilfe nehmen müssen, um den Zins zu erschwingen. Oft und oft sind die degenerierenden und demoralisierenden Folgen ungesunder Wohnungszustände geschildert worden. Wir können auf diese Höllebilder nicht weiter eingehen. Es genüge, einige Ausführungen des Wiener Universitätsprofessors von Philippovich, dessen Untersuchungen über Wiener Wohnungszustände bahnbrechend gewirkt haben, aus einem von ihm im Organ der „Zentralstelle für Wohnungsreform“ (Nr. 14 vom Mai 1910) veröffentlichten Aufsätze zu zitieren, in welchem er sein Urteil über die Zustände, wie sie sich durch den kapitalistischen Häuserbau gestalteten, wie folgt zusammengefaßt: „Der Arbeiter, der ermüdet nach Hause kommt und dort keine Behaglichkeit, keine Häuslichkeit findet, wird zum Gang ins Wirtshaus verleitet, und nur allzuhäufig findet der Alkoholisismus mit seinen verderblichen Wirkungen in den schlechten Wohnungszuständen seine Ursache. Bei dem engen Zusammenwohnen von Personen verschiedenen Geschlechtes, oft verschiedenen Familien angehörig, wird

allzuleicht Scham- und Schamlichkeitsgefühl untergraben... Eine nüchterne Ueberlegung führt notwendig zu dem Schlusse, daß der Verlust an Arbeitskraft, an sittlichem Ernst, an Gesundheit, ja direkt an Menschenleben, der infolge ungünstiger Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung zugefügt wird, so ungeheuer groß ist, daß er eine weitestliche Schwämmerung ihrer Leistungsfähigkeit mit sich bringt, daher einen materiellen Verlust für die Allgemeinheit selbst bedeutet.“

Hofrat von Philippovich hat schon vor mehr als einem Jahrzehnt auf die grauenhaften Zustände in Wien aufmerksam gemacht. In dieser Stadt — der typischen Stadt der Tuberkulose — zählte man seinerzeit rund 180.000 „Bettgeher“. Im Jahre 1900 gab es 450.000 Personen (ein Viertel der Gesamtheit!) in überfüllten Wohnungen. Bis zum Jahre 1910 belief sich der Zuwachs an Häusern auf 3800 für 280.000 neu hinzugekommene Bewohner der Stadt, indes die 3370 leerstehenden Wohnungen für höchstens 20.000 Personen Raum gewährten. Die Ueberfüllung hat infolgedessen während des verfloffenen Jahrzehntes bedeutend — und zwar um 90.000 auf 540.000 Personen — zugenommen, am meisten natürlich in den sogenannten Proletariervierteln. Und nicht nur etwa in der Großstadt, auch in den Kleinstädten, auf dem Lande ist die Wohnungsnot eine drückende! Das private Kapital vermag da vollständig. Der private Unternehmer hat kein Interesse daran, den Kleinwohnungsbau zu betreiben. Im Gegenteil: je geringer die Zahl der Wohnungen ist, desto höher steigt ihr Wert — für den Besitzer, der eine um so höhere Rente heraus schlägt. Und darauf kommt es diesem vor allem an! Darum sind auch die kleinen Wohnungen — weil profitabler für den Besitzer — teurer für den Mieter, als die großen Wohnungen. Der arme Mann muß relativ viel mehr für Wohnungszwecke ausgeben als der reiche und dabei nicht bloß auf allen Komfort verzichten, sondern auch noch alle möglichen Gefahren (unter welchen die Kündigung die größte ist!) für sein leibliches und materielles Wohl mit in den Kauf nehmen. Kurz, die Not der arbeitenden Menschen, welche nicht über die Arbeitsmittel verfügen, vor allem nicht über den Boden, auf dem sie leben, schreit zum Himmel! Und derjenige, der als der erste einen Platz einfriedete und sich einfallen ließ zu sagen: das ist mein Privateigentum, war nicht bloß, wie Rousseau sagt, der wahre Begründer der modernen, kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch der größte Verbrecher an der Menschheit. Denn indem er den Privatbesitz an Grund und Boden, damit auch an allen wichtigen Produktionsmitteln sklaverte, verhängte er über die zahllosen Geschlechter, die ihm folgten, den furchterlichsten Fluch, machte er Millionen Menschen heimatlos. Die tiefstimmige Legende der Bibel von der Vertreibung der ersten Menschen aus dem Paradies erhält so ihre schauerliche Erklärung.

Dem Kapitalismus war es vorbehalten, die Dinge auf die Spitze zu treiben. In seinen gräßlichsten Formen entwickelte er sich bekanntlich in England, dem Mutterland der Industrie. Hier machte sich denn auch zuerst eine Bewegung gegen das Bodenmonopol der Grundbesitzer geltend. Anfangs freilich ohne Erfolg, so daß Marx und Engels in ihren weltberühmten Schriften auf Grund zahlreicher amtlicher Dokumente und öffentlicher Feststellungen erschütternde Schilderungen von den Elends (Höhlen) entwerfen konnten, in welchen Millionen halbvertierter Menschen hausten. Sätte Dante diese Höher gesehen, er würde von der Hölle eine noch ganz andere Darstellung gegeben haben. Mein der Mensch ist nicht bloß des Menschen gefährlichster Feind, sondern auch sein einziger, erster und letzter Freund! Und wo die Not am größten, ist die Selbsthilfe am nächsten! Die arbeitenden, vom Unternehmertum ausgebeuteten, von den Hausagrarern ausgewütherten Menschen griffen zur Selbsthilfe. Das war vorerst in England, dessen Massenstaat jeden Weistand verjagte, der Fall. Es ist äußerst charakteristisch, daß sich der kollektivistische Gedanke zum erstenmal und am klarsten in dem Lande entfaltete, dessen Bevölkerung unter allen Nationen der Erde am frühzeitigsten den Schritt vom Handwerk und von der Manufaktur zur maschinenbewehrten Industrie unternahm. Der industrielle Kapitalismus zeugte und gebar den Sozialismus! Zunächst in der Form des genossenschaftlichen Sozialismus.

Als der Vater des Genossenschaftswesens gilt mit Recht Robert Owen (1771 bis 1858), ein Mann von genialem, praktischem Scharfsinn und menschenfreundlicher Gesinnung. Er war es, der als der erste den Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe theoretisch begründete und praktisch anwendete. Wenn auch seine eigenen Schöpfungen nicht Stand hielten, weil der genossenschaftliche Geist seiner Schüler und Anhänger noch wenig entwickelt und zu schwach war, um den Menschen angeborenen oder doch eingepflanzten Trieb des Egoismus zu überwinden, so wirkten sie doch bahnbrechend als Experimente großen Stils. Neben dem Engländer Owen sind die Franzosen Josef Buchez (1796—1865), Charles Fourier (1772—1837) und Louis Blanc (1811—1882) zu nennen. In Deutschland waren es insbesondere Viktor Rime Huber (1800—1869) und Franz Schulze-Delitzsch (1808—1883), die für die Ausbreitung der genossenschaftlichen Idee durch Wort und Tat eintraten. Die genossenschaftliche Form diente zunächst der Organisation des Konsums und der Produktion von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen für den täglichen Hausbedarf (Konsumvereine und Produktionsassoziationen). Später erst kamen die Baugenossenschaften, und zwar wiederum zunächst in England. Hier bildeten sich zwei Formen dieser Genossenschaften aus. Die älteste derselben ist die sogenannte Häuserverbrüdergenossenschaft (Building Society), deren Wesen darin bestand, den Mitgliedern Vorläufe zum Häuserwerb zu gewähren, ohne daß die Genossenschaft selbst Grund gekauft oder Häuser gebaut hätte. Den Häuserbau organisierte die zweite, spätere Form, die eigentliche Baugenossenschaft (Land- und Building Society), die Grundstücke erwarb und Häuser baute, um sie an die Mitglieder gegen ratenweise Abzahlung zu verkaufen. Seither hat sich der genossenschaftliche Häuserbau in England am groß-

artigsten entwickelt. In den letzten Jahren ist die Bewegung dafür durch die Gründung der Ealing Tenants (von der Londoner Vorstadt Ealing so genannt) in eine neue Phase eingetreten. Das Unternehmen beruht auf dem Gedanken, daß die Genossenschaft große Flächen Landes ankauf und dadurch erhebliche Ersparnisse am Grunderwerb erzielt. Der Boden geht aber nicht in das Eigentum der Mitglieder über, sondern verbleibt der Genossenschaft. Um die englische Art zu charakterisieren, sei folgendes angeführt: Die 1884 gegründete Permanent Building Society bezweckt die Unterstüfung ihrer Mitglieder bei Erwerbung eigener Wohnungen. Sie zählte (1908) 5616 Mitglieder und hat diese in den Stand gesetzt, 2460 Häuser zu erwerben, wovon drei Viertel in Privatbesitz übergegangen sind. Die 1888 ins Leben gerufene Tenant Cooperators Limited verfolgt einen anderen Weg, indem sie als Korporation den Hausankauf für die Mitglieder übernimmt. Sie ist eine Mietergenossenschaft, und jedes Mitglied hat einen bestimmten Betrag in Anteilen oder als Darlehen zu entrichten, der sich nach dem Werte des Hauses richtet. Das Kapital wird zu einem festen Satze verzinst und ein sich ergebender Ueberfluß unter die Mitglieder im Verhältnis der entrichteten Mieten verteilt. Solcher Mietergenossenschaften gab es im Jahre 1908 in England 12 mit 1663 Mitgliedern, 1.587.528 Kr. Anteilkapital, 3.950.072 Kr. Darlehen, 4.035.280 Kr. Hypotheken, 282 Acres (englisches Feldmaß à 4047'6 Quadratmeter) Baugrund und 3134 errichteten Häusern im Werte von 9.818.400 Kr. Baugenossenschaften im eigentlichen Sinne zählte man Ende 1908 1663 mit einem Kapital von 1.610.031.336 Kr. und Realitäten (Grund und Häuser) im Werte von 12.383.200 Kr. Dazu kommen noch andere Genossenschaften mit Realitäten im Werte von 2.028.240 Kr. Endlich wäre zu erwähnen, daß auch die englischen Konsumvereine Häuserbau betreiben. Im Jahre 1908 hatten ihrer 413 dafür 220.482.512 Kr. aufgewendet, wobei sie von den Großeinkaufsgesellschaften aus deren Bankabteilungen durch Darlehen unterstützt wurden. Die Zahl der von den Konsumgenossenschaften erbauten Häuser, welche sie als Eigentum derselben behielten, betrug 8350; die sie an die Mieter verkauften 5577, beziehungsweise zu welchen die Konsumvereine den Mitgliedern Kapitalien vorschossen, 32.600 zusammen 46.527 Häuser.

Schwächer als in England ist das Baugenossenschaftswesen im Deutschen Reich entwickelt. 1908 verzeichnete daselbst die offizielle Statistik 848 Baugenossenschaften mit rund 150.000 Mitgliedern. Außerdem sind noch gemeinnützige Gesellschaften und Vereinigungen (letzte zum Teil mit Hypothekarkredit) sowie Stiftungen und auch öffentliche Körperschaften (Staat, Gemeinden) auf dem Gebiet des antikapitalistischen Häuserbaues tätig. Geradezu ärmlich ist die gemeinnützige Bautätigkeit in unserem lieben Vaterland, in Oesterreich. Hier steckt alles erst in den Anfängen, in den Kinderjahren, und das Wort Napoleons, daß wir stets um eine Armee und eine Idee zurück seien, gilt von der Genossenschaftsidee — wenigstens soweit die Baugenossenschaften in Betracht kommen — in vollstem Maß. In Staat, Land und Gemeinde haben die Agrarier, die Grundbesitzer und Hausherren, das Fest in der Hand und wehren sich mit aller Macht gegen alle Maßnahmen, die auf die Verbilligung der Wohnungen gerichtet sind. Allein die Wohnungsnot ist in Oesterreich, seitdem es den Uebergang von einem Agrar- zu einem Industriestaat vollzieht, so groß geworden, daß sie die verschiedenen zahlreichen und nicht geringen Widerstände zu überwinden beginnt. Anfangs hoffte die Regierung mittels des Arbeiterwohnungsgezetes vom 28. Juli 1902 die gemeinnützige Bautätigkeit anregen zu können. Durch dasselbe wurde eine 24-jährige Steuerfreiheit gewährt, wenn die in diesem Gezet enthaltenen Vorschriften über die Bauart, die Vermietung und die Höhe des Ertrages (welches höchstens 0-2 bis 0-5 Prozent mehr betragen darf als der jeweilige Hypothekenzinssatz) streng eingehalten werden. Daß das ein ganz ungenügender Ansporn war — hauptsächlich haben Industrielle das Gezet für ihre politischen Arbeiter-„Wohlfahrts“-zwecke ausgenützt — beweist die Statistik, wonach bis zum Jahre 1909 nur in 837 Fällen Gesuche um Steuerbefreiung bewilligt wurden. Noch kläglicher ist der Stand der Baugenossenschaften. Er wird für das Jahr 1910 mit 275 angenommen, wozu noch 24 sonstige Gesellschaften und Vereine kommen.

(Fortsetzung folgt.)

### Zur bevorstehenden Lohnregulierung bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen.

#### I. Arbeiter, Mätung!

Einige Wochen ist es her, daß wir vom Eisenbahnminister über die Lage der österreichischen Eisenbahnarbeiter eine Rede vernahmen, die aus dem Munde eines österreichischen Ministers durchaus nichts Gewöhnliches ist. Der Minister zeigte nicht nur selbst den chaotischen Zustand im Lohn- und Arbeitsverhältnis auf und gab selbst zu, daß die Lage der Arbeiter äußerst betriebernd ist, sondern erklärte selbst den Zustand für unhaltbar und daß eine durchgreifende, bessernde Regelung eintreten müsse und durchgeführt werde. Auch die vom Minister nebenbei gemachte Bemerkung über den Zubrang der Arbeiter zu den Staatsbahnen klang nicht wie eine Rechtfertigung, sondern vielmehr als ein Plädoyer auf mildernde Umstände. Wie aus der Rede des Ministers zu entnehmen war, ist er nur zu gut informiert, um nicht zu wissen, wie wenig stichhältig dieser Satz war. Der Minister hat gewußt und mußte wissen, daß in den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen viele Dienststellen unter dem Arbeitermangel zu leiden hatten, daß Arbeiter aus den Werkstätten — diesem in den Augen der Herren im Eisenbahnministerium als Eldorado für die Arbeiter geltenden Betrieben — ausgetreten sind, Eisenbahnarbeiter in Tirol sich zur Aus-

antraten und mit allerlei seltsam gestalteten Instrumenten zu hantieren begannen.

„D' Stred'n toan s' vermessen, ernst wird's!“ schrie der Ortsvorsteher dem Krämer zu, und der unterließ nicht, die Neugierigkeit jedem Kunden zur Weiterverbreitung mit auf den Weg zu geben.

Indes arbeitete die Kommission Stunde für Stunde ungeführt weiter und kam nachmittags, von der drängenden Dorfsung geleitet, auch auf den Hübel, den das Anwesen des Gallenloiperl ziert.

Der alte Bauer stand vor dem Hofstor, schaute mit gereizten Blicken der kleinen Schar entgegen, die auf seinem Grund und Boden geschäftig war, und versicherte kopschüttelnd ein- über das anderemal sich selber: „Da san die Sakra — na, na, paßt nr ni!“

Der Bürgermeister winkte ihm schon von weitem zu, und als der Bauer sich endlich bequemte, zögernd etliche Schritte näher zu kommen, meinte er in aufmunterndem Tone: „Na schau, Gallenloiperl, hiazt geht's dich an! Der Bahnhof kimmt an Stoanwurf vor's Wirtshaus, nachher geht die Stred'n auffa übern Hübel und spießgrad durch dein' Stadel drent durch. Sei g'scheit und gib's zu!“

Brenntrot wird der Gallenloiperl im Gesicht, dann brauft er auf: „Wa' nr nit liab, däßelbig; für was brauch denn i in mein Stadel a Eisenbahn?“

„Nicht nit,“ bedeutet der Ortsvorsteher, „die Herren sagen, es liab sich nit anders machen.“

Einer der Ingenieure tritt hinzu und beginnt den unwirschigen Bauer mit den zwingendsten Gründen und Vorstellungen zu bearbeiten, wovon dem Alten freilich nur die beträchtliche Entschädigungssumme einleuchtet, die er nun schmeigend und vor sich hinstarrend in Erwägung zieht. Nach geraumer Weile erst, nachdem sich der Bürgermeister nochmal ins Mittel gesetzt und der Bauleiter auch die Zwangsmöglichkeit anklingen ließ, rafft sich der Gallenloiperl zu einem Entschluß auf.

Er kratzt sich heftig den Kopf, senkt etlichemal und herrscht schließlich die verdächtige Gesellschaft an:

„Quentweiss soll ent der Teufel hol'n! Wann's schon gar nit anders is, so fahrts halt in Gott'snam durch 'n Stadel durch. Aber das an sag i alei ehvor, meine Herrn — um neune auf d' Nacht sperr i all Tag 's Stadelstor zua, nachher is 's aus mit 'n Jahr'n!“

wanderung entschlossen und daß man in dem an Menschen keineswegs armen Lande Mähren mit weiblichen anstatt männlichen Arbeitern fürlieb nehmen mußte. In den Frachtenmagazinen Wiens und anderen Stationen waren die Aushilfsarbeiter trotz aller Versprechungen nicht zu halten, weil sie wußten, was an der Lohnarbeit daran ist. In Galizien herrscht ein Mangel an halbwegs brauchbaren Arbeitern. Im Gebiete Wiens und Umgebung mußten von Privatunternehmern Leute mit im Gegensatz zu den Bahngehörigen ganz horrenden Lohnsätzen ausgeborgt werden, wobei sich der Unternehmer noch seinen Schab herauszuschlag u. s. w. Und das hat der Minister bei seiner Rede gedeutet, sonst wäre der Ton seiner Rede bestimmt ein anderer gewesen, darüber täuschen wir uns und auch die Arbeiter nicht. Die Rede war ein laises Bekennnis der Verhältnisse, in der aber himmelstreichende Tatsachen verschwiegen werden mußten, um nicht der Staatsbahnverwaltung vor aller Welt jenes Zeugnis auszustellen, das ihr von jedem Kenner der Verhältnisse zuerkannt wird.

Ohne die Rede eines Ministers zu übertarieren, waren die Ausführungen derselben doch so, daß die Arbeiter sich zur Hoffnung berechtigt halten konnten, es werde ihnen endlich einmal tatsächlich ein ordentliches Lohn- und Arbeitsverhältnis zuteil, wodurch in weiterer Linie jene Mängel behoben würden, unter welchen auch die Dienststellen mit samt den Arbeitern zu leiden haben.

Aber es scheint, daß jene recht behalten sollen, welche nach der Rede des Ministers mit Rücksicht auf die von früher gesammelten Erfahrungen sagten: „Die Worte hör ich wohl, doch mir fehlt der Glaube.“ Nach allem, was bis jetzt aus dem Eisenbahnministerium an die Direktionen als Direktiven hinausgegangen ist, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das Eisenbahnministerium selbst von der für 120.000 Arbeiter und deren so betrieblenden Verhältnissen doch sehr geringen Summe von 10.100.000 Kr. wieder etwas ersparen will. Seitdem die ganze Aktion läuft, gehen vom Eisenbahnministerium Erlasse auf Erlasse an die Direktionen hinaus, welche alle Direktiven für die Lohnregulierung wie für die Erfüllung einer Lohnordnung enthalten. Von einem derselben, von dem wir genauestens informiert sind und der erst kürzlich — im Monat Jänner — erschienen ist, wollen wir heute unumwunden gestehen, daß er die Erwartungen der Arbeiter sehr enttäuscht. In den Grundrissen und Ideen ist er ziemlich, ja fast gleich mit dem Lohnerlasse der k. k. Nordbahn, den wir in der Nummer 3 des „Eisenbahner“ vom 20. Jänner 1912 vollinhaltlich zum Abdruck gebracht und in der Einleitung dessen bedenkenlichsten Punkte besprochen haben. Man braucht also die Urheberhaft der Ideen im Nordbahnerlass nicht weit zu suchen.

In vielen Punkten des letzterwähnten Erlasses vom Ministerium ist aber für die Arbeiter ein derartiger Inhalt, daß derselbe den Ausführungen in der Rede des Ministers direkt widerspricht und ganz deutlich die Absicht erkennen läßt, nicht nur an dem jetzt mit 10 Millionen für die Arbeiter zur Aufbesserung bestimmten Betrag, sondern noch an den bereits bisher bestandenen Lohnvorrückungen zc. Ersparungen zu machen. Schon der erste Punkt läßt den Inhalt der weiteren erraten und veranlaßt jeden, der den Erlaß liest, die anderen Punkte aufmerksam zu betrachten. Bis jetzt hat man nur „ständige“ und „nichtständige“ Arbeiter unterschieden. Klünftig soll es „ständige Arbeiter“, „nichtständige Arbeiter“ und „Aushilfsarbeiter“ geben. Welchen Zweck es hat, die jetzigen „nichtständigen Arbeiter“ in zwei Teile zu gruppieren, verrät der zweite Punkt, welcher von den Grundlöhnen handelt und bestimmt, daß die festzusetzenden Grundlöhne für die ständigen und nichtständigen Arbeiter gelten. Auf den ersten Blick sieht das aus wie eine Verbesserung. Bei Anwendung auf die Arbeiter und für den Kenner der Verhältnisse wird die dahinter stehende Absicht sofort klar. Die gegenwärtigen nichtständigen Arbeiter haben in vielen Dienstorten einen höheren Lohn als der festgesetzte Grundlohn beträgt und erhalten, wenn sie „ständig“ werden, erst den niedrigeren Grundlohn. Jetzt, nach diesen Direktiven des Eisenbahnministeriums muß der Aushilfsarbeiter erst „nichtständiger“ Arbeiter werden, und wenn er dieser Ehre teilhaft werden will, mit einem niedrigeren als seinem bisherigen Lohne fürlieb nehmen; er wird aber, wenn er überflüssig befunden wird, ebenso weggeschickt wie der Aushilfsarbeiter. Eines aber bleibt ihm Gott sei Dank: er wird bei Bedarf wieder eingestellt, das heißt, wenn er nicht mittlerweile verhungert ist, oder es vorgezogen hat, auf die Ehre zu verzichten, „k. k. nichtständiger Staatsbahnarbeiter“ zu sein, und wenn ihm schließlich seine Vorgesetzten noch so hold sind.

Nach dem ist nun gut zu bergegenwärtigen, wer „ständige Arbeiter“ wird. „Die das ganze Jahr hindurch ohne Unterbrechung in Verwendung stehen.“ Die ständigen Arbeiter zählen auf den normierten Stand.

Wenn wir uns die Verhältnisse bei der Bahnerhaltung vergegenwärtigen, können wir uns den „normierten Stand“ leicht vorstellen. Es werden mindestens 70 Prozent aller Bahnerhaltungsarbeiter — Professionisten mitinbegriffen — eher das Zeitliche segnen, als wie auf den „normierten Stand“ der ständigen Arbeiter zählen. Dabei kommt noch folgendes in Betracht. Werden „nichtständige Arbeiter“ in den Provisionsfonds aufgenommen, werden sie zwar Provisionsfondsmitglieder, aber noch lange, lange nicht ständige Arbeiter sein, aber in der Zeit des Auslebens immer etwas ins Vertikale tragen müssen, um die Beiträge für den Provisionsfonds und für die Krankenkasse für die Zeit des Auslebens zu leisten; oder aber sie werden zum Provisionsfonds erst als „ständige Arbeiter“ zugelassen, sofern sie nicht mittlerweile zu alt geworden oder gestorben sind. Das ergibt sich aus dem oben angeführten Punkt 1, ohne ausgesprochen zu werden.

Der zweite Punkt handelt von den Grundlöhnen, die aber nur für die Arbeiter ohne Qualifikation festgesetzt werden und in einer Station, beziehungsweise in einem Orte für alle diese Arbeiter gleich sein sollen. Eine Ausnahme hiervon bilden die Bahnerhaltungsarbeiter, die Schlosserheizer, die Gepäckträger und die Professionisten.

Für die Bahnerhaltungsarbeiter ist der Lohn unabhängig von dem anderer Kategorien, aber im Bereich eines Bahnmeisterrayons einheitlich festzusetzen. Halb, wie immer, wird eine Direktive gegeben, ohne etwas zu sagen. Es wird nicht gesagt, ob der Lohn der Bahnerhaltungsarbeiter um so oder so viel höher oder niedriger sein soll als der Lohn der anderen Kategorien; ferner wird nicht gesagt, wie die Einheit des Lohnes in einem Bahnmeisterrayon sein soll. Bekanntlich gehen Bahnmeisterrayone über 10 und noch mehr Kilometer Strecke, an welcher sowohl Städte als Dörfer liegen können. Wird sich die Lohnheit nach den Städten oder nach den Dörfern richten?

Für die Schlosserheizer soll in jedem Direktionsbereich ein Einheitslohn festgesetzt werden. Sie fahren zwar von einem Direktionsbereich in den anderen, aber das macht dem Eisenbahnministerium nichts.

„Die Gepäckträger sind in der bisher geübten Weise zu entlohnen.“ Das heißt also, die Staatsbahnverwaltung will sich auch weiterhin der Schande nicht entziehen, eine große Anzahl Leute ihr Leben lang vom frühen Morgen bis spät in die Nacht, ja wieder bis zum Morgen zu beschäftigen, sich von diesen Leuten Arbeiten verrichten zu lassen — wozu Arbeiterpartien mit mehr Leuten bei normaler Arbeitszeit gehören würden als jetzt Gepäckträger sind — sie dennoch mit einem Trinkgeld zu entschädigen, anstatt, wie es das Gebot der Notwendigkeit und Anständigkeit gebietet, sie mindestens als ständige Arbeiter zu betrachten und zu behandeln, wobei sie den Gepäckträgern noch immer nichts schenken würde.

Das Schönste aber wird für die Professionisten diktiert. Dieselben erhalten bis zur Absolvierung einer entsprechenden Probezeit einen provisorischen, dem örtlichen Grundlohn entsprechenden Lohn. Nach der Probezeit wird ihr Lohn endgültig vom Dienstvorstand festgesetzt. Das bedeutet für die Professionisten einen Nachteil selbst gegen die jetzigen miserablen Zustände. Jetzt haben wenigstens einige Direktionen bereits Minimallöhne ohne Probezeit gewährt. Nun soll auch das noch verschlechtert werden. Damit wird nicht nur der bestehende Zustand für die Professionisten verschlechtert, sondern noch Anlaß zu verschiedenen, den Staatsbahnen selbst schädigenden Konsequenzen gegeben. Welcher ordentliche Professionist wird sich zu einer Probezeit hergeben? Keiner. Damit werden bessere Arbeitskräfte die k. k. Staatsbahnen meiden, und die Folge davon ist leicht denkbar. Jeder Arbeiter, besonders, der sich seiner Leistungen bewußt ist und auf sich insorgedessen etwas hält, will seinen Arbeitsvertrag klar und unabhängig von der Gunst oder Mißgunst einzelner Personen haben und sich kein in Worten vorgemachtes Zukunftsbild vorkaufeln lassen. Im weiteren wird durch dieses nebulöse Lohnverhältnis Gelegenheit zu allen jenen Unzulänglichkeiten gegeben, die nicht nur den Arbeiter, sondern sogar mehr noch den Betrieb schädigen. Diese Einführung kann schon darum niemals zur Geltung kommen.

Es kommt aber noch schöner. Der Dienstvorstand kann einen besonders tüchtigen Professionisten nach eingeholter Genehmigung der Direktion ausnahmsweise aufbessern. Die Sachabteilungen der Direktionen haben aber das Vorgehen der Dienstvorstände in dieser Hinsicht besonders zu überwachen. Also trotz „Genehmigung“ auch noch „besondere Ueberwachung“. Freut euch, Vorstände, es kommt von oben. Wir glauben nicht, daß die Herren Vorstände oben im Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein, und es mutet darum das „besonders zu überwachen“ wohl etwas eigentümlich an. Doch überlassen wir das den Herren Vorständen selbst, wie sie sich damit abfinden. Dieses „besonders zu überwachen“ wird aber auf die Professionisten schädigend zurückwirken denn dieser Passus lautet nach praktischer Auslegung: „Vorstände, hütet euch mehr zu zahlen“, womit jede Besserzahlung aufgehoben erscheint. Man hat bisher die Professionisten, ebensowenig wie die übrigen Arbeiter, gebührend geschätzt; was man aber hier machen will, ist ganz einfach absurd und deshalb nicht geeignet, die Produktivität des Arbeiters zu heben, sondern vielmehr weiter die Luft hierzu zu untergraben.

Bei den Erhebungen über die festzusetzenden Grundlöhne werden die Arbeiter auch beiseite gelassen. Die Direktionen, die Vorstände, die Gemeindevorstellungen, die politischen Behörden, alle werden gefragt, nur die nicht, die es am meisten angeht, die Arbeiter. Wenn sonst wo zwischen zwei Teilen etwas zu vereinbaren oder zu ändern ist in einem Vertrag, sind beide Teile gleichberechtigt; bei der Lohnfestsetzung, also einem Teil des Arbeitsvertrages — so heißt es doch — auf den Staatsbahnen, haben die Arbeiter nicht mitzureden.

Ferner wird im Erlaß angeführt — was nie vergessen wird — und zwar: daß bei der Festsetzung der Löhne „die mit der Befähigung im Staatsbahndienst verbundenen Vorteile (dauernde Arbeit, Altersversorgung, Anwartschaften auf definitive Anstellung, Fahr- und Frachtbegünstigungen zc.) zu berücksichtigen sind“.

Wir sind nur neugierig, wie lange die Herren noch brauchen werden, um zur Einsicht zu kommen, daß das nicht mehr zieht. In Wahrheit ist das doch nur alles gesprochen. Wie es mit der dauernden Arbeit bestellt ist, wissen die Oberbauarbeiter und wird an anderer Stelle noch elastant nachgewiesen werden. Die Altersversorgung ist selbst gekauft, wofür man aber für sein Geld fast nichts dreinzureden hat, und eine Anwartschaft auf definitive Anstellung besteht überhaupt nicht. Heißt es doch: „Sie werden hiemit in Kenntnis gesetzt, daß Sie mit dem heutigen Tage als provisorischer Kanzleidneranwärter in Vorwerk genommen sind, daß Ihnen aber aus dieser Vormerkung noch keine Anwartschaft auf einen solchen Posten zusteht.“

Wirdere Arbeiter stellt man — Protektion ausgenommen — nicht an, tüchtige Arbeiter stellt man nicht gerne an; dann haben Militärkisten Erstanbruch, von dem Wert mancher definitiven Anstellung gar nicht zu reden. Für Fahr- und Frachtbegünstigungen sind Zeit und Geld die ersten Voraussetzungen, und die Arbeiter haben weder das eine noch das andere. So schrumpfen diese Begünstigungen für die Arbeiter ganz zusammen, und das, was übrig bleibt, ist mit den jahrelangen Ent-

behrungen und Leiden bei den Hungerlöhnen teuer genug bezahlt und darum keine Begünstigung, höchstens Blendwerk.

„Wo an einem Orte Dienststellen mehrerer Direktionen mit verschiedenen Grundlöhnen sind, ist die mit dem größten Personalstand maßgebend“, lautet ein Absatz. Wenn nun die mit dem größten Personalstand den niedrigsten Grundlohn hat, so wäre also die Folge, daß die mit höherem den Arbeitern keine Zulage geben; freilich geht es auch umgekehrt. Auf jeden Fall aber ist die Methode für die Staatsbahn einträglich, sie kommt bei der Regulierung billiger draus.

Der letzte Absatz des zweiten Punktes ist zur Geiterkeit anregend und ähnelt sehr einem Rebus. Darnach „soll auch durch einvernehmliches Vorgehen die Gleichmäßigkeit des Grundlohnes in Nachbarstationen und angrenzenden Bahnmeisterrayons gewahrt werden“. Nachdem die Strecke — sagen wir von Czernowiz bis Triest — keine Unterbrechung hat, Station sich an Station reiht, Bahnmeisterrayone wie die Schienen aneinandergefügt sind, wird die Durchführung dieser Direktive wohl ausgeschlossen und auch im Eisenbahnministerium der Schlüssel hierzu nicht zu finden sein.

Einige ganz neue Ideen gibt es im dritten Punkte; natürlich nicht zugunsten, sondern zu ungunsten der Arbeiter. Um kurz zu sagen, gibt es nach diesem Punkte nur zweierlei Unterabteilungen der Arbeiter, und zwar: Professionisten und Arbeiter. Was zwischen Professionisten und Arbeitern ist, spielt sich in Zulagen ab, so daß alle Arbeiter — außer den Professionisten — in dem Grundlohn und der Vorrückung ganz gleich behandelt werden; die Qualifikation, wie: Vorarbeiter, Partieführer, Aufpasser, Hobler, Bohristen zc. wird nicht mehr wie bis jetzt mit einem höheren Lohn, sondern mit besonderen in die Krankenkasse und den Provisionsfonds einrechenbaren Zulagen, aber nur während der betreffenden Verwendung, bezahlt. Als diese Zuschläge sind 10 bis 15 S. der Tag als Regel anempföhlen und solche über 50 S. von der Genehmigung des Eisenbahnministeriums abhängig gemacht. Diese Zuschläge oder Zulagen sind für die gleiche Verwendung in einem Dienstort gleich zu bemessen, brauchen aber im ganzen Direktionsbezirk auch für gleiche Verwendungen nicht die gleichen sein. Die Festsetzung der Zuschläge ist von Angebot- und Nachfrageverhältnissen abhängig.

(Fortsetzung folgt.)

### Eine neue brutale Maßregelung auf der Auffig-Teplitzer Eisenbahn.

Die Generaldirektion der A. T. E. hat zu ihren bisherigen Gewalttaten eine neue gefügt. Sie hat ein ihr unbequemes Personalkommissionsmitglied, Genossen Josef Schiller, der 19 Jahre im Dienst dieser Bahn steht, 14 Jahre dem Provisionsfonds angehört und nie zu einer Ordnungstrafe verurteilt oder gerügt worden war, ohne Angabe von Gründen mit 14tägiger Kündigung entlassen. Das übertrifft alles, was man von dieser Bahnverwaltung erwarten konnte. Dieser Fall steht in der Drangsalierung der österreichischen Eisenbahnbediensteten einzig da. In der Zeit der größten Vertrauensmännerverfolgung auf den k. k. Staatsbahnen, zur Zeit der größten Unterdrückung der Organisation, unter der Herrschaft der berüchtigten Eisenbahnminister wäre ein gleicher Fall nicht möglich gewesen. Wenn die Institution der Personalkommissionen bestanden hätte, hätte man gewiß in dem in dienstlicher Beziehung einwandfreien Personalkommissionsmitglied nicht die mißliebige Person gesehen und dessen Amt respektiert. Aber dem gegenwärtigen Generaldirektor der A. T. E. mangeln jene Eigenschaften, die ihn zur Vernehmung seines Amtes befähigen würden. Ihm mangelt vor allem jene Klugheit, die Differenzen nicht verschärft, wo sie in dem Gegenlat zwischen dem Interesse des Untergehenen und dem Interesse der Bediensteten ohnehin genügend vorhanden sind; ihm mangelt der große Blick für die Bedürfnisse eines ausgedehnten Betriebes, der ohne Arbeitskräfte nicht funktionieren kann und der nicht wohlfährt, wenn seinen Bediensteten die Arbeitsfreude abgetötet wird; dem Generaldirektor der A. T. E. mangelt ferner die Dosis Menschlichkeitsgefühl, die ihm, den viele Existenzen in die Hand gegeben sind, geziemt; ihm mangelt das Gefühl der Notwendigkeit des äußeren Ansehens, der Reputation eines Betriebes, der volkswirtschaftliche Aufgaben zu verrichten hat und es mangelt ihm vollständig das Verständnis für die ihm im Betrieb dieser Bahn zufallende Funktion. Er ist nicht der oberste Bedienstete der A. T. E. Die A. T. E. ist ihm unterworfen. Er ist ihr Gebieter, ihr César. Sein Cäsarenwahn heißt Opfer. Mit um so größerer Willkür sein Opfer fällt, um so größer ist er, der unbeschränkt Herrschende.

Hoffentlich erinnern sich rechtzeitig unsere Eisenbahnbehörden daran, daß man nur verantwortungsfähigen Leuten, mit normaler Gehirnfunktion, die Leitung eines Eisenbahnbetriebes überlassen kann. Die nachstehende Interpellation zeigt die ganze an Genossen Josef Schiller verübte Brutalität auf:

#### Interpellation

der Abgeordneten Tomšik und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister.

Am 7. März wurde der Werkstättenarbeiter Josef Schiller in der Werkstätte Auffig von der Direktion der A. T. E. ohne Angabe von Gründen mit 14tägiger Kündigung entlassen. Die Entlassung hat in allen Eisenbahnerkreisen großes Aufsehen gemacht und überall gerechte Empörung hervorgerufen. Denn Schiller ist Mitglied der Personalkommission der A. T. E. und liegt hier der erste Fall vor, daß ein Mitglied der Personalkommission, das dienstlich sich tadellos verhielt, in willkürlicher Weise gemahregelt wurde.

Josef Schiller steht seit 19 Jahren in Diensten der A. T. E., seit 14 Jahren gehört er dem Provisionsfonds an. Er hat stets seine Pflichten streng erfüllt, nie einen Heller Strafe gezahlt, nie eine Klage von seinen Vorgesetzten erhalten. Um so schärfer tritt daher das Gewalttätige des Vorgehens der A. T. E. gegen Schiller zutage. Es ist kein Zweifel, daß nicht der Arbeiter Schiller einseitig werden soll, sondern das Mitglied der Personalkommission, in welche Institution Schiller das Vertrauen seiner Kollegen berufen wurde. Die Tatkraft, mit der er für die Interessen seines

Wähler eintrat, hat ihn bei den Machthabern der A. L. E. verhaftet gemacht und veranlaßt diese, den unheimlichen Wahner dadurch unschädlich zu machen — daß sie ihn in willkürlicher Weise auf's Pfahler warf. Bemerkenswert ist hierzu, daß die Art und Weise, wie Schiller seitens der Direktion abgefertigt wurde, wieder einen Willkürakt, und zwar einen solchen ignobileren Sorte darstellt. Man versuchte dem Mann, der sich 19 Jahre für die A. L. E. geplagt hat, seine bisher eingezahlten Beiträge für den Provisionsfonds aufzudrängen und glaubte dadurch aller weiteren Verpflichtungen gegen ihn entoben zu sein, während ihm doch zweifellos die für diese Dienstzeit entfallende Provision gebührt, da er nicht strafweise entlassen wurde.

Die Befertigten machen den Herrn Eisenbahnminister aufmerksam, daß dieser Fall von weittragender prinzipieller Bedeutung ist. Bleibt der Gewaltakt der A. L. E. aufrecht, wird der Anwalt der Personalkommission in den Augen der Eisenbahner auf das tiefste sinken. Die Aussicht, daß ein energisches Eintreten für die Bediensteten das gewählte Mitglied der Personalkommission in Gefahr bringt, gemahregelt zu werden, wird gerade die intelligenten und besonnenen Elemente unter den Bediensteten abhalten, sich um Mandate zu bewerben. Diese werden dann Leuten zufallen, die entweder durch ihre vollständige Passivität bei den Beratungen jedes Vertrauen bei ihren Kollegen verlieren oder solchen, die ohne Abschätzung des Möglichen und Unmöglichen einfach Demagogie treiben werden. Das Eisenbahnministerium schließt seine eigenen Interessen, wenn es der Direktion der A. L. E. bei diesem Gewaltakt in den Arm fällt. Das Eisenbahnministerium und die Generalinspektion haben Mittel genug, dies in wirkungsvoller Weise zu tun.

Die Befertigten richten daher an den Herrn Eisenbahnminister folgende Anfrage:

1. Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, die Entlassung des Werkstättenarbeiters Josef Schiller in Aussicht zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen.

2. Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, wenn diese Untersuchung ergeben sollte, daß Schiller dienstlich sich nichts zuschulden kommen ließ, die Direktion der A. L. E. zu beauftragen, die Maßregelung des Mitgliedes der Personalkommission aufzuheben und Schiller wieder in Dienst zu nehmen?

Wien, am 15. März 1912.

### Unsere Hinterbliebenenunterstützung in Aktion.

Aus dem neugegründeten Fonds wurden folgende Sterbefälle die festgesetzten Hinterbliebenenunterstützungen ausbezahlt:

1. Kirchbichler Marie in Innsbruck (Tirol);
2. Büttel Franz in Aussig;
3. Dubietz Franz in Teplitz;
4. Denk Maria in Lundenburg;
5. Trentin Ida in Floridsdorf;
6. Kinast Josef in Fellersdorf;
7. Degelegger Theresia in Stainach-Brünn;
8. Anapil Anna in Wien II;
9. Ratgeb Susanna in Wischofsdorf;
10. Ulrich Anna in Saaz;
11. Borauer Agnes in Ried;
12. Schindler Franziska in Mährisch-Ostau;
13. Lamprecht Cäcilia in Bregenz;
14. Rabenit Jakob in Villach;
15. Langthaler Lorenz in St. Valentin;
16. Kemptner Cäcilia in Klein-Keisling;
17. Poliska Johann in Jägerndorf;
18. Meitner Wilhelm in Brunn I;
19. Teucher Raimund in Weißkirchen;
20. Wolfsberger Franziska in Penzing;
21. Knapp Joh. in Floridsdorf II;
22. Motter Marie in Märzschlag;
23. Törre Wilhelm in Aussig;
24. Eibl Max in Salzburg;
25. Reichl Anna in Komotau;
26. Borovsky Anton in Prag;
27. Keller August in Pulersdorf;
28. Stanek Johann in Simmering;
32. Folger Marie in Linz;
33. Krall Johanna in Spittal a. d. Drau;
34. Webersöther Leopold in Fschl.

Bei drei Sterbefällen (Nr. 29, 30 und 31) sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen.

Wir erachten es als unsere Pflicht, euch nochmals auf die Begünstigungen aufmerksam zu machen, die jenen Mitgliedern gewährt werden, welche noch bis zum 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten:

Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereine angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit, das heißt sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein und auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karenzzeit, das heißt sie haben auf die ihnen zukommende Unterstühtungsquote erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

Diesemigen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karenzzeit, das heißt sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karenzzeit mit dem Todesstage abgelaufen.

Nachdem nur den bis zum 31. März 1912 Beitretenden die kurze Karenzzeit gewährt werden kann, so wollen die Funktionäre und Vertrauensmänner die Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß bei einem späteren Beitritt unbedingt an der zweijährigen Karenzzeit festgehalten werden muß.

Ferner bringen wir zur Kenntnis, daß die Beitragsleistung mit jenem Monat beginnt, in welchem der Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds erfolgt. Es haben daher alle Mitglieder, welche im Monat Jänner dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beigetreten sind, von dieser Zeit an die Beiträge zu zahlen.

Gleichzeitig ersuchen wir die Ortsgruppenassessoren um die sofortige Einsendung der ausgefüllten Beitrittserklärungen.

Neue Beitrittserklärungen sind bei der Zentrale anzufordern.

Schließlich bitten wir unsere Mitglieder noch die erfreuliche Mitteilung zur Kenntnis, daß die Prosperität dieser unserer neuen Einrichtung, soweit sich dies gegenwärtig überblicken läßt, die beste zu werden verspricht.  
Die Zentralkleitung.

### Bergarbeiterstreits.

Zu dem, die Industrien und den Eisenbahnverkehr Englands in Mitleidenschaft ziehenden Kampf der englischen Bergarbeiter ist der Kampfausbruch im Ruhrrevier gekommen, in den amerikanischen Kohlenrevieren rechnet man mit der Möglichkeit des Kampfausbruches und es rumort überall sonst unter den Bergarbeitern: in Frankreich, in Belgien, in Preussisch-Schlesien, in Oesterreichisch-Schlesien, im Königreich Sachsen, in Westböhmen und in den steirischen Kohlenrevieren. In England scheiterten die Einigungsversuche der Regierung und der Premierminister erklärte, daß die Regierung das Parlament um eine gesetzgeberische Maßnahme zur Einführung des Minimallohnes ersuchen werde, da der Ausstand täglich ernstlicher das Gedeihen des Landes gefährde. In Deutschland verschärft sich der Kampf im Ruhrrevier durch das brutale Vorgehen der Regierung, die mit Polizei- und Militärgewalt die Bewegung der Bergarbeiter gewaltsam erdrücken will und sich offen auf Seite der Unternehmer und Streikbrecher stellt. In Niederschlesien sind die Unternehmer zu einem Entgegenkommen bereit. Der amerikanische Bergarbeiterverband mußte die Verhandlungen mit den Besitzern der Anthrazitkohlengruben abbrechen, da keine Einigung erzielt wurde, und man hält den Ausbruch des Kampfes für gewiß.

#### Der Streik im Ruhrgebiet.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, der polnische Berufsverein und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein wendeten sich zunächst an den Verband der Zechen mit einer Eingabe um Lohnerhöhungen. Dieser erklärte sich aber als unzuständig und verwies die Gewerkschaften auf die einzelnen Zechenverwaltungen. Letztere erklärten wiederum die Gewerkschaft als nicht kompetent, es seien die Arbeiterausschüsse allein gesetzlich berechtigt, Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter vorzubringen. In der Lohnfrage und Arbeitszeiterfüllung wurden aber auch die Arbeiterausschüsse als nicht zuständig erklärt, und diese Verweigerung der Erledigung der Bergarbeiterforderungen führte zum Ausbruch des Kampfes. 250.000 Bergarbeiter stehen im Streik, von den Kohlenfördernden Untertagarbeitern 80 bis 90 Prozent, wiewohl die Führer der christlichen Bergarbeiter keine Streikparole ausgaben. Darüber ergrimmt, schrien die Christlichen nach stärkerem Schutz der Streikbrecher, was den Erfolg hatte, daß auch Militär in das Ruhrgebiet gezogen wurde. Man hat den Eindruck, als wenn der Streik in einem Blutbad erstickt werden sollte, und als wenn der Streik dazu benützt werden sollte, Ausnahmsgesetze gegen die Arbeiter zu schaffen.

#### Die französische Bergarbeiterbewegung.

Die französischen Bergarbeiter veranstalteten einen eintägigen Demonstrationsstreik, der nach den Mitteilungen aus den Kohlenrevieren am vorwöchigen Montag überall durchgeführt wurde. Meist hielten die Feiern den Versammlungen ab. Truppen und Gendarmen sind in großen Massen in allen Kohlengebieten zusammengezogen. Bis jetzt sind aber Zusammenstöße nirgends zu verzeichnen gewesen. In Stricourt und an anderen Orten dauert der Streik fort; dort handelt es sich nicht lediglich um Demonstrationen, sondern dort sind Lohnforderungen gestellt, die von den Direktionen noch nicht bewilligt sind.

#### Auch die belgischen Grubenarbeiter rüsten.

Die Nationalkonferenz der belgischen Bergarbeiterföderation nahm am vorigen Dienstag Kenntnis von den Antworten der Unternehmer auf die bereits in einzelnen Revieren an die Zechenverwaltungen gestellten Forderungen einer 5 bis 20prozentigen Aufbesserung der Löhne. In wenigen Fällen wurden bis 5 Prozent zugestanden, in den meisten Fällen erfolgte keine Antwort. Die Konferenz beschloß daraufhin den sofortigen Eintritt in die Lohnbewegung auf Grundlage folgender drei national einheitlicher Forderungen: Anerkennung eines Minimallohnes, 15 Prozent allgemeine Lohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaft in allen Unterhandlungen über Arbeitsbedingungen. Diese Forderungen werden sofort gestellt. Sonntag treten in den vier Revieren die Bezirkskonferenzen zusammen; am 24. März wird ein außerordentlicher Nationalkongreß über einen allfälligen Streik beschließen. Die Revierverbände haben freie Hand, vorher Urabstimmungen über Anwendung des Streiks vorzunehmen. In Betracht kommen sämtliche belgischen Bergarbeiter, etwa 150.000 Mann. Der Kampfausbruch in Sachsen bevorstehend.

Da die von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes nachgesuchten Einigungsverhandlungen in der Lohnfrage von den Unternehmern abgelehnt wurden, haben die Vertrauensmänner der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier beschlossen, in den Streik zu treten.

#### Bergarbeiterbewegung in Oesterreich.

Am 3. März hat die Union der Bergarbeiter Oesterreichs für das nordwestböhmisches Revier, in dem ungefähr 29.000 Bergarbeiter beschäftigt sind, Forderungen überreicht. Es wird eine 25prozentige Lohnerhöhung verlangt, und das Lohngedinge soll derart festgelegt werden, daß der Häuer zum mindesten Kr. 4-50 verdienen kann. Das Quantum der Hausbrandkohle soll erhöht

werden. Am 7. und 8. März fand in Teplitz eine Reichskonferenz statt; aus den erlateten Situationsberichten ging hervor, daß sowohl im Mährisch-Ostauer Revier wie im Falkenau-Elbogener Braunkohlenrevier seit einiger Zeit Forderungen gestellt sind und die Bergarbeiterbewegung im lebhaften Steigen begriffen ist. Ueber die Lage im böhmischen Braunkohlenrevier wird berichtet: Die Arbeiterchaft hat den Werkbesitzern ihre Forderungen überreicht, auf welche die Werkbesitzer eine ablehnende Haltung geben dürften. In Elbogen sind elf Fahrjungen wegen zu geringer Löhne in den Ausstand getreten, haben jedoch nach Gewährung einer Lohnerhöhung die Arbeit wieder aufgenommen. In Mies fand am 12. d. M. in Anwesenheit der behördlichen Vertreter eine Konferenz zwischen den Bergwerkunternehmern und den Bergarbeitern statt, wobei seitens der Arbeiter keine Postulate vorgelegt wurden. Im Ostauer Revier ist für Mittwoch den 20. d. M. das Einigungsamt einberufen, um über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln. Es wird behauptet, daß die Werkbesitzer die Hauptforderung der Arbeiter von vornherein ablehnen wollen. In diesem Falle scheint es, daß der Streik unvermeidlich ist. Die Organisation der Arbeiter ist bemüht, die Ungeduld der Arbeiter zu zügeln, und die Bergarbeiter haben auch einen Streik in drei Gruppen, der dieser Tage hätte ausbrechen sollen, verschoben, um das Ergebnis des Einigungsamtes abzuwarten. Sollte dieses Ergebnis nicht befriedigend sein, so wird Sonntag oder Montag eine Revierkonferenz einberufen, die über die weiteren Schritte zu beraten hätte.

### Inland.

#### Die Demagogie des Deutschen Nationalverbandes.

Im Feuerungsausschuß kam am 12. März der Unwille gegen die Demagogie des Deutschen Nationalverbandes zu lebhaftem Ausdruck. Die vom Nationalverband in den Ausschuh entsendeten Mitglieder Glöckner und Kraus hatten sich im Radikalismus gegen die Kartelle nicht genugtum können. Wie sich dann im Parlament zeigte, wurde ihre Stellung vom Nationalverband nicht geteilt, sondern es wird von ihnen der Antrag unterstützt werden, die Anträge des Ausschusses wieder zurückzuverweisen.

Im Ausschuh, der nach Schluß der Hausung eine Sitzung abhielt, vermißte zunächst Abgeordneter Vertobsek darauf, daß die jetzt im Hause abgeführte Feuerungsdebatte den Ausschuh vor der Öffentlichkeit in ein schiefes Licht setzen müsse, weil die einzelnen Ausschuhmitglieder nicht im Einvernehmen mit ihnen im Ausschuh Stellung genommen haben. Das beste wäre es, wenn der Ausschuh auseinanderginge.

Abgeordneter Dr. Kerner (Sozialdemokrat) erklärte, er sei über die Klagen, welche im Hause gegen den Feuerungsausschuß vorgebracht wurden, nicht überrascht; es gäbe aber keinen Ausschuh, der mit gleichem Fleiß gearbeitet habe, wie der Feuerungsausschuß. Der Zustand aber, daß sich zwischen dem Hause und dem Ausschuh solche Widersprüche ergeben, sei unhaltbar. Der Ausschuh sei kein Privatdiskussionsklub, sondern jedes Ausschuhmitglied habe die Pflicht, sich vor entscheidenden Abstimmungen mit seinem Klub ins Einvernehmen zu setzen. Nur so können die Abstimmungen im Hause vorbereitet werden. Diejenigen Ausschuhmitglieder, die das nicht getan haben, tragen die Schuld an dem Schicksal der Ausschuhanträge im Hause.

Schließlich nahm der Ausschuh einen Antrag Kerner, Glöckler, Spacek an, daß der Berichterstatter alle vorliegenden Anträge im Verein mit dem Obmann zu vereinheitlichen habe, die nach Beratungen in den Klubs im Ausschuh selbst zur Abstimmung zu bringen seien.

#### Der Gang zum Grabe der Märzgefallenen.

Wie alljährlich fand auch heuer zum Andenken an die Opfer des 13. März 1848 der übliche Demonstrationzug der Wiener Arbeiterchaft zum Grabe der Märzgefallenen auf den Zentralfriedhof statt. Die Manifestanten kamen in lofen Zügen mit den Kranzträgern an der Spitze aus den einzelnen Bezirken anmarschiert. Von halb 3 Uhr nachmittags an slutete dann der ununterbrochene Zug der Märzgänger über den Rennweg und die Simmeringer Hauptstraße zum Zentralfriedhof. Durch ein Ordnerdefilee betraten die Massen den Friedhof und defilierten langsam Schrittes an dem Obelisk der Märzopfer, der mit zahlreichen Kränzen geschmückt war, wobei. Die im Zuge eingeteilten Gesangsvereine sangen vor dem Grabe Freiheitschöre. Vom Sockel des Monuments aus wurden in allen Sprachen der Monarchie Reden gehalten, die der Opfer der Märztag des Jahres 1848 gedachten. Nach der Feier erfolgte der Abmarsch in die Bezirke.

#### Wie teuer Staatsbahnlmnen in Galizien gebaut werden.

Die Baurechnungen der Eisenbahnlmnen Przeworsk-Rozwadow, Stryj-Chodorow und Galicz-Dstrow sind abgeschlossen und das Ergebnis der Baugbarung dieser Linien ist wiederum ein Beweis dafür, daß die k. k. Staatsbahnverwaltung bei dem Ausbau ihres Liniennetzes äußerst ungünstig abschneidet. Wiewohl die angeführten Linien keineswegs Aussichten auf gute Rentabilität haben und wiewohl bei ihrem Bau keinerlei größere technische Schwierigkeiten zu überwinden waren, kommen sie der k. k. Staatsbahnverwaltung auf ein schweres Stück Geld zu stehen. Hierbei muß man mit in Erwägung ziehen, daß in den Gebieten, die diese Linien durchschneiden, äußerst niedrige Arbeitslöhne gezahlt werden und daß der Bodenpreis in diesen Gebieten ein niedriger ist. Es muß daher bei diesen Bahnbauten den galizischen Bodenprekulanten und Baunternehmern ein außerordentlich hoher Gewinn in die Taschen geflossen sein.

Die Eisenbahnlmie Galicz - Ostrow hat 101 Kilometer Baulänge. Ihr Bau und ihre Einrichtung verursachte 15,547.899 Kr. Kosten, ohne der Anschaffungskosten der Jahrbetriebsmittel. Man vergleiche damit die wesentlich niedrigeren Bau- und Einrichtungskosten der Vereinigten Böhmerwald-Lokalbahnen, die bei der Baulänge von 126 Kilometern

9.426.414 Kr. betragen, oder die Bau- und Einrichtungs-kosten der Bahn Wolframs-Teitch-Plabing, die bei der ungefähren halben Länge (53 Baukilometer) kaum ein Drittel der Kosten obiger Bahn beanspruchte und zwar 4.820.851 Kr. Die Bahn Rakonitz-Teitchau-Buchau, mit der Baulänge von 103 Kilometern, beanspruchte 9.218.964 Kr. Bau- und Einrichtungskosten. Dabei handelt es sich bei diesen drei angeführten Bahnlängen, mit den relativ weit niedrigeren Baukosten, um Linien, die Gebiete mit weit besseren Abbaumöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte und damit mit höherem Bodenwert durchziehen. Außerdem sind in diesen Gebieten die Arbeitslöhne für die heimischen Arbeitskräfte höhere, als in Galizien. Die Linie Salicz-Dstrów zweigt aus der Staatsbahnlinie Krasau-Lemberg ab und mündet wieder in eine Staatsbahnlinie ein, so daß an ihren beiden Endpunkten Stationsanlagen vorhanden waren, die nicht neu errichtet, sondern nur vergrößert werden mußten. Die Trassenführung dieser Bahn verursachte keinerlei Schwierigkeiten, die Erdbewegung war eine geringe und der Bau von Kunstbauten (Brücken über 20 Meter Spannweite, Tunneln etc.) beanspruchte von der obigen Baukostensumme von 15.547.899 Kr. nur den Betrag von 590.000 Kr. Es mußten nur vier Flußbrücken mit der Spannweite von mehr als 20 Meter, aber keine Tunneln gebaut werden.

Ähnlich stellt sich die Baukostengebarung der Linie Strhy-Chodorow dar. Diese Linie hat eine Länge von 40 Baukilometern. Der Bau und die Einrichtung dieser Bahn (die Kosten der Fahrbetriebsmittel sind in keiner der angeführten Summen einbezogen) beanspruchte 5.648.905 Kr. Man vergleiche damit die Bau- und Einrichtungskosten der 47 Kilometer langen Linie Swätkal-Ledeš-Nácom von 4.654.849 Kr. oder die gleichen Kosten der 48 Kilometer langen Strecke Larnow-Szczucin von 2.749.706 Kr. Was bei der ersten Linie von dem niedrigen Bodenwert, der niedrigen Entlohnung der heimischen Arbeitskräfte, der leichten Trassenführung, der geringen Erdbewegung und dem Nichtvorhandensein der Notwendigkeit, bedeutendere Kunstbauten auszuführen, gesagt wurde, gilt auch von dieser Strecke und nicht minder von der Strecke Przeworsk-Rozwadów die gleichwohl bei der Baulänge von 74 Kilometern, Bau- und Einrichtungskosten im Betrage von 7.757.511 Kr. beanspruchte. Dagegen hatte die 79 Kilometer lange Linie Strakonitz-Platná-Przeznitz 6.881.782 Kr. Bau- und Einrichtungskosten. Allerdings sind die zum Vergleich herangezogenen Strecken Privatbahnen und daraus und aus den speziell geglückten Verhältnissen erklären sich die ungewöhnlich hohen Baukosten dieser drei galizischen Linien. Den galizischen Kapitalisten werden bei dem teuren Bau unrentabler Bahnstrecken hohe Profite zugeführt, die Staatsbahnverwaltung wird mit der Amortisation der hohen Baukosten und mit der Deckung der Gebirgsabhängigkeiten derartiger, in ihrer Gebirgsabhängigkeit Bohnstrecken belastet, und das ist einer der Einsprüche, die das Entlohnungs-niveau der Eisenbahnbediensteten herabdrücken und den Existenzkampf der Bediensteten so ungeheuer erschweren.

**Separatistischer Arbeitererrat.**

Die „Arbeiter-Reitung“ schreibt: Wie das Wiener Separatistenblatt mitteilt, wird der separatistische Abgeordnete Tomasek als Gegenkandidat gegen die Sozialdemokraten bei den kommenden Wiener Gemeinderatswahlen in allen Bezirken im vierten Wahlkörper als Kandidat aufgestellt werden. Und nicht nur das; es ist zwischen den Separatisten und Tschechischbürgerlichen ein Kompromiß geschlossen worden, wonach Tomasek der gemeinsame Kandidat beider Parteien sein wird! Wie forsäktlich das Kompromiß gegen die Sozialdemokraten vorbereitet worden ist, geht daraus hervor, daß die Mitteilung von der gemeinsamen Kandidatur am gleichen Tag in beiden Wählern, dem Separatistenblatt und dem tschechischnationalistischen, in den „Nělnické Listy“ und in dem „Videnský Denník“, veröffentlicht wird!

Nun werden die tschechischen Arbeiter über die sozialdemokratische Qualität des Separatismus und der Separatisten wenigstens ein klares Urteil bekommen und wissen, was sie von diesem Sozialismus zu halten haben! Daß es die Bestimmung der Separatisten ist, der kämpfenden Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen, war nie zweifelhaft; aber daß sie die Schmach dieser Gegenkandidatur gegen Sozialdemokraten in diesem schweren Kampf der Wiener Arbeiter nicht scheuen werden, hätte man bis vor kurzem vielleicht noch bezweifelt. Nun sieht sie die Welt als Helfer der Christlichsozialen und Verbündete der Tschechischnationalen, nun wird die Arbeiterklasse wissen, was der Separatismus ist und will!

**Ausland.**

**Der Streik auf der Illinois Zentralfisenbahn.**

Von in Eisenbahnangelegenheiten gut unterrichteter Seite wird erklärt, daß die Illinois Zentralfisenbahn, deren Angestellte sich seit geraumer Zeit im Streik befinden, alle Verbesserungsarbeiten eingestellt hat. Es wird gesagt, daß die Gesellschaft infolge dieses Streiks finanziell nicht in der Lage ist, diese Verbesserungen fortzusetzen. Es wird ferner noch behauptet, daß diese Eisenbahngesellschaft nicht den an sie gestellten Anforderungen wegen Erleichterung des Güterverkehrs nachkommen konnte. Unterhandlungen mit den Beamten der Illinois Zentralfisenbahngesellschaft sind gegenwärtig im Gange und die am Streik beteiligten Organisationen glauben an eine baldige Beilegung. Noch ist indessen nichts Bestimmtes beschlossen, die Aussichten sind aber gute.

Die Lokomotivführer der New York, New Haven und Hartford Eisenbahngesellschaft fordern Lohnerhöhungen.

Die der New York, New Haven und Hartford Railroad Company von den Beamten der Brotherhood of Engineers (Verband der Lokomotivführer) unterbreiteten Forderungen fordern Lohnerhöhungen für die Lokomotivführer der Passagier- sowohl wie der Güterzüge, und zwar auf automatischer Grundlage, je nach der Leistungs-

fähigkeit der Lokomotiven. Auch für die Ueberstundenlöhne werden Erhöhungen verlangt. Diese Forderungen stimmen mit den Forderungen der vereinigten Bewegung der Lokomotivführer überein, die östlich vom Mississippi und nördlich von den Chesapeake und Ohio Bahnen zirka 60 Linien und zirka 25.000 Lokomotivführer umfaßt.

**Unzufriedenheit unter den Eisenbahnern in England.**

Die englischen Eisenbahner sind nicht zufrieden mit der Auslegung der Bestimmungen des Uebereinkommens, das nach dem letzten Streik abgeschlossen wurde. Es werden Beschwerden laut, daß verschiedene Eisenbahngesellschaften sich nicht an die Bestimmungen dieses Uebereinkommens halten und Methoden eingeführt haben, durch die viele Angestellte überflüssig geworden sind. Vier Eisenbahnverbände, nämlich die N. S. R. S., die General Railway Workers Union, die United Pointsmen and Signalmens Society, und die Associated Society of Locomotivemen haben beschlossen, sich zusammenzuschließen, um gegen alle Schwierigkeiten, die sich ihnen in Zukunft in den Weg stellen könnten, vorbereitet zu sein.

**Aus dem Gerichtssaal.**

Ueberrfahren eines Fuhrwerks. Am 9. Oktober 1911 fuhr der Lokomotivführer Lambert Prucha über ein Zeichen des Verschiebers Koller über den Ausfahrtswechsel der Station Kienberg-Gaming mit acht Waggons auf die Strecke hinaus. Koller gab dann ein Haltsignal und sofort wieder das Signal zum Zurückziehen, während indessen der Ueberrfahrungsbedienter Breitner über die nächst dem Ausfahrtswechsel befindliche, nicht durch Schranken gesicherte Wechsellösung ein Fuhrwerk passieren ließ. Breitner gab zwar vor dem Passieren des Fuhrwerks ein Haltsignal, welches aber von Prucha, der nur das Rückwärtsignal Kollers sah, nicht wahrgenommen wurde. Prucha schob also mit dem Zuge zurück und stieß in das Fuhrwerk hinein, welches zertrümmert wurde.

Wegen dieses Vorfalles hatten sich vor dem Bezirksgericht Gaming Lokomotivführer Prucha, Wechsellösungsbedienter Breitner und Verschieber Koller zu verantworten.

Der durch Dr. Harnper vertretene Wächter Breitner verantwortete sich dahin, daß er während länger anhaltender Verschiebe Fuhrwerke über Wechsellösungen passieren lassen dürfe und daß er vor dem Passieren dem Maschinenführer ein Haltsignal gegeben hatte.

Koller gab an, von dem Passieren des Fuhrwerks nichts gemerkt zu haben, weil ihn Breitner nicht aufmerksam gemacht habe.

Lokomotivführer Prucha, der den Zug nach Gaming versäumt hatte, war von der Verhandlung ausgeblieben. Der Richter Dr. Benesch sprach Breitner gemäß den Ausführungen des Verteidigers frei, verurteilte aber Prucha und Koller zu je 24 Stunden Arrest. Wider dieses Urteil erhob Dr. Leopold Kach namens des Prucha und Dr. Rudolf Scherbal namens des Verschiebers Koller die Berufung, welche von den Verteidigern vor dem Kreisgericht St. Pölten bei der Verhandlung vom 7. März 1912 vertreten, vom ersten Staatsanwalt Dr. Jarosch bekämpft wurde.

Das Kreisgericht St. Pölten unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Hofrates Dr. v. Vabitsch hob das erste Urteil im Schuldspruch des Lokomotivführers Prucha auf und sprach diesen frei, wogegen es den Schuldspruch Kollers bestätigte.

Zuerkennung einer Vollrente. Am 31. August 1910 fiel der Steinmetz Franz Cermak der St. C. G. bei der Reparatur einer Brückenwölbung nächst der Station Kralup von der Leiter und erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Fußes, demzufolge er sich dauernd auf Stöcken bewegen muß und aus dem Bahndienste entlassen werden mußte.

Die beklagte Anstalt zahlte ihm nach Abschluß des Heilverfahrens unter Annahme einer 50prozentigen Erwerbseinbuße eine 30prozentige Rente, wogegen Cermak durch Dr. Harnper die Klage beim Schiedsgericht einbrachte.

Bei der Verhandlung schätzten die Sachverständigen Dozent Dr. Karl Ritter v. Stejskal und Dr. Anton Günner die Einbuße auf 75 Prozent, indem sie zwar schwere lokale Unfallsfolgen, nicht aber nervöse Erscheinungen vorhanden erklärten.

Der Klagevertreter beantragte Zuspruch der vollen Rente, weil der sich auf Stöcken bewegend, dabei von Schmerzen gequälte Kläger auf eine sitzende Beschäftigung angewiesen sei, die er bei ländlichen Verhältnissen nicht finden kann.

Tatsächlich verurteilte das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap die Anstalt unter Annahme einer 100prozentigen Erwerbseinbuße zur Zahlung der vollen Rente, indem es eine vollständige Arbeitsunfähigkeit als gegeben annahm.

Die mit einem Unfall verbundene Todesgefahr ist bei der Rentenbemessung zu berücksichtigen. Am 27. Juli 1911 wurde der Kontrollwächter Franz Grauhler der Südbahn beim Ueberrschreiten der Weiche in der Station Donauwitz von einer fahrenden Lokomotive niedergestoßen, kam jedoch nicht unter die Räder, sondern erlitt bloß eine Verletzung an der rechten Schulter und der rechten Hand. Er erklärte ferner, eine Schwerhörigkeit auf dem rechten Ohr auf den Unfall zurückzuführen.

Die Anstalt verweigerte jede Rentenzahlung, indem sie die Schwerhörigkeit als altes Leiden bezeichnete und das Vorhandensein anderer Unfallsfolgen bestritt. Dagegen klagte Grauhler durch Dr. Harnper beim Schiedsgericht.

Die Sachverständigen Professor Dr. Josef Pollak und Dozent Dr. Karl Ritter v. Stejskal konstatierten eine Schwerkörperlähmung des rechten Daumens und Schultergelenkes als Unfallsfolgen, bezeichneten aber die Schwerhörigkeit gleichfalls als altes Leiden, das durch den Unfall auch nicht verschlimmert worden sein konnte, und schätzten die Einbuße auf 20 Prozent ein.

Der Klagevertreter stellte den Antrag, über die Schätzung der Sachverständigen hinauszugehen, weil der Unfall ein schwerer war, Grauhler wegen der Unfallsfolgen in den Ruhestand treten mußte und seither sein rechter Arm in der Gebrauchsfähigkeit beeinträchtigt sei.

Das Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap verurteilte die Anstalt unter Annahme einer 30prozentigen Erwerbseinbuße zur Zahlung einer 27prozentigen Rente und zur entsprechenden Nachzahlung. Die Ueberrückzahlung der Sachverständigen schätzung um 10 Prozent wurde unter anderem insbesondere mit der mit dem Unfall verbundenen Todesgefahr begründet.

**Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferenten weiter.**

**Streiflichter.**

**Was ist's eigentlich mit den Urlauben der Arbeiter?**

„... Gleichzeitig wurde auch für die Arbeiter die Gewährung von Erholungsurlauben unter Fortbezug des Tagelohnes sichergestellt.“ Aus dem Communiqué der Regierung vom 17. September 1911.

Monate sind ins Land gezogen, seit die Regierung in so erster Weise die Gewährung der Erholungsurlaube für die Arbeiter „sichergestellt“ hat. Aber haben die Arbeiter schon das Positive, haben sie diese Urlaube schon als faktische Tatsache? Noch immer nicht! Noch immer nicht, sagen die Arbeiter nicht nur seit Monaten, sie sagen es seit Jahren, seit dem 1. Jänner 1909, seit welchem Tage eine Million Kronen zum Zwecke der Erholungsurlaube und dienstfreier Tage für die Arbeiter ins Budget eingestrichelt worden ist! Mit dem Antritt des Jahres 1912 müssen also bereits 3 Millionen Kronen in Bar zum Zwecke der Erholungsurlaube für die Arbeiter aufgespeichert sein und noch immer nicht ist es so weit, daß nur die bloße Aussicht auf die Erholungsurlaube vorhanden wäre. Während bei dem definitiven Personal schon im Frühjahr, ja schon im Jänner und Februar, Vorsorge getroffen wird, eine Regelung in die Rille der angesprochenen Urlaube durch eine übersichtliche Darstellung zu bringen, schon deshalb, damit den Bediensteten das Recht der Wahl ihrer Urlaubszeit gewahrt bleibe, andererseits aber um auch in dienstlicher Beziehung vor allen Eventualitäten geschützt zu sein — haben die Arbeiter immer zugewartet und noch immer nicht ihr Recht erhalten! Und Monate sind bereits ins Land gezogen, ein Viertel dieses Jahres ist dahin, und da jedwede Vorsorge zur Regelung der Urlaube fehlt, wird auch dieses zu Ende gehen, ohne daß die Arbeiter ihren Urlaub gehabt haben werden. Ist es da so besonders verwunderlich, eine erregte Arbeitererschaft zu haben und wenn immer ungestümer ihre Frage lautet: Was ist's denn eigentlich mit unseren Urlauben? Aber auch wir fragen, ob es dem Eisenbahnministerium ernst ist, diese Frage endlich zu lösen. Lassen wir die Zeit ins Auge, seit welcher das Zugeständnis gegeben und bisher nicht erfüllt wurde, die langen Jahre, in der die Arbeiter ostentativ um ihr Recht gekämpft wurden, trotzdem die Mittel für die Urlaube vorhanden waren,

**Konfisziert!**

**Der Zensur ist ein Mensch geworden, ein Bleistift geworden, ein Mensch, ein Krokodil, das an den Ufern des Ideenstromes lagert und den darin schwimmenden Literaten die Köpfe abbeißt.**

Johann Nestrov.

Aber die Arbeiter sind nicht mehr gewillt, ruhig zuzusehen, wie man sie um ihre Rechte bringt. Sie haben den höchsten Grad der Geduld erreicht. Sie haben sich schon durch zu lange Zeit, von einer Arbeiterausdehnung zur anderen, von einem Communiqué zum anderen vertrauen lassen; man hat ihr schon zu oft in Aussicht gestellt, daß die Arbeitsordnungen, die Lohnforderungen, die Urlaube etc. unmittelbar bevorstehen. Ihre Geduld ist zu Ende. Einmal nur noch frägt sie mit tiefem Ernst an:

Was ist's mit unseren Urlauben? Und sie hoffen, ehestens Antwort zu erhalten. F. S.

Die Entlohnung des Lokomotivpersonals bei Verschubdienstleistungen. Das Eisenbahnministerium hat mit nachstehendem Erlaß Erhebungen betreffs der Entlohnung des Lokomotivpersonals bei Verschubdienstleistungen angeordnet, da in dieser Angelegenheit eine Deputation des Lokomotivpersonals beim Eisenbahnministerium vorgebracht hat, wie wir in einer unserer letzten Nummern ausführlich berichteten. Es ist nachstehender Auftrag im Wege der Staatsbahndirektion an die Heizhausleitungen ergangen:

1. Eisenbahnministerium.  
Z. 3506/21.

Wien, am 22. Februar 1912.

Bewegung unter dem Lokomotivpersonal gegen die Kontrollmaßnahmen hinsichtlich Verjüngung der Verschub- und Dampfhaltestunden.

An alle L. I. Direktionen der österreichischen Staatsbahnen und die L. I. Betriebsleitung Czernowitz.

Der Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 11. Dezember 1911, Z. 54.694, Amtsblatt XLIV, Stück 1911, betreffend Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Verschub- und Dampfhaltestunden hat nach Angabe einer im Eisenbahnministerium ersuchten Deputation von Lokomotivführern des Stationsreservendienstes für diese einen empfindlichen Ausfall an Bezügen im Gefolge gehabt, weshalb seitens der gedachten Deputation die Bitte vorgebracht wurde, für diesen Ausfall in irgendeiner Weise Ersatz zu bieten.

Um dem Eisenbahnministerium Gelegenheit zu geben, im Gegenstande einschlägige Vorläufe zu kalkulieren, wird die L. I. Direktion aufgefordert, mitzuteilen:

1. Wie hoch beziffert sich seit Einführung des erwähnten Erlasses die Verminderung der Jahrgehühren der Lokomotivführer und Lokomotivheizer des Stationsreservendienstes. Hierbei sind zunächst die Daten jenes Personals beizufügen, welches ständig in diesem Dienste verwendet wird, und ist auf Grund dieser Ziffern der Gesamtausfall für den dortigen Bezirk zu ermitteln, wobei die Annahme zu supponieren ist, daß alle Stationsreserven von ständigem Personal bedient werden. Dieser Ausfall ist auf die Wahrscheinlichkeit seines



und es entscheidet die einfache (relative) Stimmenmehrheit, bei Stimmgleichheit das Pos.

15. Art. 17 hat zu lauten: Bei Angelegenheiten, welche bloß eine oder zwei der Gruppen von Angestellten [§ 2, lit. a) bis p) des Statuts] betreffen, sind vom Vorsitzenden der Personalkommission...

Gleichen ist in Gemäßheit des Art. 22, Absatz 7, der Geschäftsordnung der Personalkommission für Beamte, Unterbeamte und Diener der Zentrale und der österreichischen Linien...

Wien, am 28. Februar 1912. Der Vorsitzende der Personalkommission: Fall m. p.

Korrespondenzen.

St. Valentin. Daß der Herr Stationsvorstand von St. Valentin ein Despot ist, ist allgemein bekannt. Besonders brutal aber behandelt er das Verschiebpersonal.

Gmünd. (Nachruß!) Anlässlich der dienstlichen Verlegung des Herrn Assistenten Schmud nach Blindenmarkt sprechen die gesamten organisierten Zugbegleiter...

Station Klein-Bahn der Kondukteur Martin. Die Leiche wurde auf eine Tragbahre gelegt und mit dem Zug nach dem Rosawiker Friedhof überführt.

Gmünd. (Werkstätte.) Unter besonders unangünstigen Verhältnissen hat das Personal in der Abteilung II, deren Leiter Herr Czermak ist, zu leiden.

Innsbruck. (Ein deutschnational-kristlich-soziales Piast.) Man schreibt uns: Wie die Arbeiterschaft über die deutschnationalen Arbeiterfreunde denkt...

Spießfeld. (Ein achtbarer Vorgesetzter.) Am 8. März 1912 starb in Spießfeld die Frau des Oberbauarbeiters Friskowitzsch.

Triest-St. Andrea. (Ein humaner Bahnarzt.) Anfangs dieses Monats erkrankte die Frau eines Oberbauarbeiters an Kopfweiden und Ohrenschmerzen.

Triest-St. Andrea. (Wer ist eigentlich der Vorstand?) Wir besitzen hierorts eine Polizeipostur, als deren Chef ein gewisser hier in Triest wegen verschiedener Umstände unbekannter Herr Pasquali figuriert.

Triest-St. Andrea. Unser Stationsvorstand hält sich für sehr gerecht, weil er die Bediensteten ohne Pardon wegen des kleinsten Verschuldens bestraft.

Villach. (Eisenbahnunfall.) Am 3. März fand in Villach Staatsbahnhof ein Eisenbahnzusammenstoß statt, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Lebring. (Das Telephon.) Telefone sind bekanntlich jene Fernsprechapparate, mit denen man rasch Mitteilungen machen kann...

in ruhigem Ton, wird er angebrüllt: "Machen Sie das Maul auf, ihr seid ja zu faul zum Sprechen!"

Berichtsberichte.

Jägerndorf. Am 1. März fand im Arbeiterheim eine Eisenbahnerversammlung statt mit der Tagesordnung: Erfolge und Lehren der letzten Eisenbahnerbewegung...

Strachwalchen. Am 10. März sprachen hier in einer zahlreich besuchten Versammlung die Genossen Weiser und Gosnedl über die Aufgaben der Organisation...

Neulengbach. Eine gut besuchte Versammlung hielten die Genossen am 3. März in Anzbach-Hofstadt ab.

Görz II. Am 8. März sprach Genosse Kopyc in einer sehr gut besuchten Versammlung über die letzte Lohnbewegung auf den k. l. Staatsbahnen.

Aus den Organisationen.

Neuhäusl. Bei der Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe, welche am 3. März im Lokal des Herrn Probst in Neuhäusl abgehalten wurde...

Wien XVI. Bei der am 8. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Johann Svanda, XIX, Greinergasse 21, Tür 7, in Geldangelegenheiten an Johann Cibulka, XIV, Preisinggasse 8, 2. Stock, Tür 10, zu richten.

Göbaur. Am 8. März hielt die Zahlstelle die ganzjährige Generalversammlung mit Vortrag des Genossen Kraus aus Falkenau ab.

Ferner werden die Mitglieder höflich ersucht, die Monatsbeiträge pünktlicher zu zahlen, da bei einem Rückstand von sechs Wochen das Nachblatt eingestellt wird...





vertreter; Franz Kaufner, Schriftführer, Michael Nagel, Stellvertreter; Fritz Reich, Josef Zunt, Franz Frey, Joh. Huber, Ausschussmitglieder.

Als Substituente werden fungieren: Josef Raunig, Montierung; Joh. Stieger, Dreherei; Paul Drexler, Schmiede; Elias Haun, Wagenbau; Hermann Grifflmann, Heizhaus; Martin Wiederin und Franz Fichtner für die Strecke. Alle Zuschriften sind an den Obmann Ferd. Roitner, Feldkirch-Devis, Bürgergasse Nr. 40, zu richten.

Die Monatsversammlungen finden wie gewöhnlich am ersten Samstag des Monats statt.

Technisches.

Selbsttätige Untergrundbahnsignale. Auf den Londoner Untergrundbahnen, der Distriktsbahn und den Waterloo, Piccadilly und Hampshead-Bahnen sind etwa 1000 selbsttätige Blocksignale und selbsttätige Vorrichtungen zum Anhalten von Zügen bei Gefährdung der Signale vorhanden, die jährlich über 400 Millionen Bewegungen machen.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der Sieg der Naturheilkunde in der ganzen zivilisierten Welt ist zur Tatsache geworden, auch von der medizinischen Wissenschaft sind heute die Grundzüge der Naturheilmethode anerkannt. Der große Erfolg ist begründet in den einfachen Verordnungen und naturgemäßen Mitteln, welche die Naturheilkunde zur Erhaltung der Gesundheit und Heilung der Krankheit gibt.

Sprechsaal.

An sämtliche Mitglieder des Spar- und Vorschußvereines für die der k. k. Nordwestbahndirektion unterstehenden Bediensteten.

Am Mittwoch den 27. März 1912, um 8 Uhr nachmittags, findet im Bartsaal II. Klasse (Abfahrtsseite) des Wiener Nordwestbahnhofes die ordentliche Generalversammlung des Vereines mit nachstehender Tagesordnung statt:

- 1. Vorlage des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz per 1911.
2. Verwendung des Ueberflusses.
3. Festsetzung des Maximums der von einem Mitglied zu erwerbenden Geschäftsanteile.
4. Bestimmung des Höchstbetrages aller aufzunehmenden Darlehen und Spareinlagen.
5. Wahl von 3 Mitgliedern des Vorstandes und 3 Ersatzmännern.
6. Wahl von 2 Mitgliedern des Aufsichtsrates und 2 Ersatzmännern.
7. Antrag Abraham Sobel und Genossen auf Abänderung der Vereinsstatuten (§§ 13 b, 23 und 46).

Werte Genossen und Kollegen! Nachdem von den 2052 Mitgliedern der Großteil aus Unterbeamten und Dienern besteht und dem Institut durch die Zinsen der Darlehen die Gewinne liefert, während eine Handvoll begüterter Beamter durch ihre ziemlich geringen Geschäftsanteile 5-6 Prozent Dividenden einheimen, so ist es nur recht und billig, wenn in dem fünfgliederigen Aufsichtsrat und dem neungliederigen Vorstand auch Unterbeamte und Diener mitreden dürfen, eventuell einige Bedienstete der Verwaltung des Vereines angegliedert werden.

Zu diesem Behufe sind die Vollmachten sogleich an Genossen Josef Schwab, Offiziant, Wien II/1, Klanggasse 3, einzufenden.

Die zur Wahl in den Vorstand vorgeschlagenen und bereits am 31. Dezember 1911 bei genannter Institution schriftlich angemeldeten Kandidaten sind:

- Abraham Sobel, Offiziant, Station Floridsdorf-Jedleseck.
Franz Marcéel, Magazinmeister, Wien.

Erklärung.

In der hiesigen Station wird unter dem Personal — speziell unter den Zugbegleitern — ein direkt aus der Luft gegriffenes Gerücht verbreitet, daß ich mich in einer Versammlung in spöttischer Weise über die anberthaltliche Anrechnung der Dienstzeit für die Zugbegleiter geäußert haben soll: „Seht euch an die Herren Zugbegleiter, wie rüstig und gesund sie aussehen! Und diese Leute bekommen die anberthaltliche Dienstzeit angerechnet. Was sollen dann erst die Werkstättenarbeiter verlangen?“

Dabei soll ich den Hilfsbremser Till sein gutes Aussehen hingewiesen haben, den ich persönlich überhaupt nicht einmal kenne.

Ich als Obmann unserer Ortsgruppe erkläre nach wie vor, daß ich stets die Interessen des Gesamtpersonals vertritt, währenddem ich jedweder Sonderbestrebungen aufs schärfste entgegenstehe. Als Beweis dafür dient meine prinzipielle Haltung zu den verschiedenen „Kategorienvereinen“, so zum Beispiel zum Professionistenverein.

Dieses unehrerliche Gerücht von meiner angeblichen Äußerung hat ein gewisser Herrmann Till, Hilfsbremser, erfunden und in die Welt gesetzt, der sechs Monate Mitglied unserer Ortsgruppe war und wegen Nichtzahlens der Beiträge gestrichen wurde. Dafür, daß Till die Unwahrheit behauptet, mag als der Umstand gelten, daß er nicht einmal angegeben weiß, in welcher Versammlung ich diese Äußerung gemacht haben soll, weil seine Angaben darüber sehr schwanken. Es läßt sich aber durch eine große Anzahl von Zeugen feststellen, daß ich weder in der einen noch in der anderen Versammlung eine solche Äußerung getan habe.

Hiermit erkläre ich diesen Till so lange für einen Verleumder, solange er seine Behauptungen nicht zurückzieht. Falls er seine Verleumdungen noch weiters kolportiert, werde ich ihn gerichtlich belangen.

Mois Burkert, Werkmann, Jägerndorf.

Achtung, Mitglieder des Lebensmittelmagazins Linz!

Sonntag den 31. März um 9 Uhr vormittags findet im Speisesaal des Portierhauses der k. k. Werkstätte die Generalversammlung des Lebensmittelmagazins statt.

Die Tagesordnung enthält sehr wichtige Punkte, insbesondere die Errichtung einer Filiale in Badegg und die Wahl zweier Vorstandsmitglieder und die des Revisionsausschusses. Bei der legt stattgefundenen, von allen Bedienstetenkategorien sehr gut besuchten Vertrauensmänner-versammlung wurde für die von der Dienerkategorie zu besetzende Vorstandsstelle als Kandidat Genosse Anton Kurtag, Oberwerkmann, und für den Revisionsausschuß Genosse Karl Kobjan, Oberwerkmann, aufgestellt. In Anbetracht der wichtigen Funktionen, die zu belegen sind, werden die Mitglieder des Magazins um zahlreiche Beteiligung an der Generalversammlung und um Abgabe ihrer Stimme nur für obgenannte Kandidaten ersucht.

Jene Mitglieder, die verhindert sind, an der Generalversammlung teilzunehmen, werden ersucht, die Vollmachten unausgefüllt, aber mit der eigenen Unterschrift versehen, an die Adresse: Anton Kurtag, Willweinstrasse 2, zu senden oder persönlich zu übermitteln. Die Vertrauensmänner werden ersucht, in diesem Sinne zu agitieren.

Eisenbahner der k. k. Oesterreichischen Staatsbahnen, Direktionsbezirk Wien, Achtung!

Kollegen, Genossen! Montag den 25. März findet im Hotel Union, Wien, IX, Ruhdorferstrasse 23, um 8 Uhr früh die diesjährige Generalversammlung des Lebensmittelmagazins der k. k. Oesterreichischen Staatsbahnen, Direktion Wien, statt. Bei dieser Generalversammlung ist seitens der Mitglieder ein Vorstandsmitglied und ein Aufsichtsratsmitglied zu wählen und empfehlen wir euch im Einvernehmen mit den Wiener Vertrauensmännern folgende Kandidaten zur Wahl:

Für den Vorstand: Konstantin Kneibinger, Platzmeister, Wien II.

Für den Aufsichtsrat: Josef Sommerfeld, Blocksignadiener, Wien I.

Kollegen, Genossen! In Anbetracht der wichtigen Aufgabe, welche das Lebensmittelmagazin in Bezug auf die Approvisionierung der Bediensteten zu erfüllen hat, ist es dringend geboten, daß energische, zielbewusste Männer im Ausschuss tätig seien. Nachdem sich diesmal die Gegner vereinigen, um unsere Kandidaten zu Fall zu bringen, ersuchen wir die Vertrauensmänner und jedes einzelne Mitglied des Lebensmittelmagazins, sich nicht nur selbst an der General-

versammlung zu beteiligen, sondern auch für eine zahlreiche Beteiligung unter den Mitgliedern zu agitieren.

Zu der Generalversammlung ist das Mitgliedsbuch des Lebensmittelmagazins mitzubringen. Nähere Auskünfte erteilen die Kandidaten und die Vertrauensmänner.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Adressenänderung.

Die Adresse unseres Sekretariats in Triest ist von nun an:

Sekretariat der Eisenbahnerorganisation in Triest via della Madonina 15, wohin alle Zuschriften zu adressieren sind.

Krankenkassenmitglieder der k. k. Staatsbahnen, der Strecke Spittal-Schwarzach.

Die Mitglieder der Krankenkasse werden aufgefordert, eventuelle Beschwerden an die Lokalkommission nur schriftlich an die Adresse: Konrad Wabnigg in Spittal a. d. Drau, Tirolerstrasse 28, zu senden. Mündliche Beschwerden werden nicht berücksichtigt.

Offene Anfragen.

An die k. k. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen in Wien!

Die k. k. Generalinspektion wird gebeten, die Stundenbücheln und Stundenpässe des Bahnbetriebsamtes Triest k. k. Staatsbahnen zu revidieren, um sich zu überzeugen, daß das Güterzugpersonal durch 28 Stunden ununterbrochen im Fahrdienst verwendet wird und daß die bestehenden Turnusse wegen Mangel an Personal gar nicht eingehalten werden.

Nachdem das gesamte Güterzugpersonal wegen Ueberanstrengung im Dienste jede Verantwortung ablehnt, wird um dringende Abhilfe ersucht.

Das gesamte Güterzugpersonal Triest k. k. Staatsbahnen.

An die Direktion der k. k. Nordwestbahn!

Das Zugbegleitungspersonal der Station Trautenuau ersucht die k. k. Direktion, bezüglich Auszahlung dem Stationsassistenten einen strittigen Auftrag zu erteilen, wann und in welcher Zeit die Auszahlung des Gehaltes sowie des Stundengeldes zu erfolgen hat. Lange genug wurde das Personal von diesem Herrn genarrt. Da genanntes Personal nun nicht mehr länger gesonnen ist, sich den Launen dieses Herrn zu unterwerfen, ersucht dasselbe dringend um Abhilfe.

An die Staatsbahndirektion Olmütz.

Die Werkmänner der Heizhausleitung Jägerndorf, die am 1. Jänner und 1. Juli vorgerückt sind, erlauben sich die höfliche Anfrage, wie lange sie noch warten müssen, bevor sie ihre Vorrückungsbefehle erhalten werden, die Stempelgebühren sind ihnen sofort abgezogen worden, nun warten sie schon 14, respektive 8 Monate, und es wäre höchste Zeit, dies in Ordnung zu bringen.

An die löbliche Verkehrsdirection der k. k. priv. Südbahngesellschaft in Wien.

Die Verladeseinschreiber der Haupt- und Nebenlinien erlauben sich an die löbliche Verkehrsdirection die höfliche Anfrage zu stellen, bis wann dieselbe die seit dem Jahre 1908 wiederholt gegebenen Versprechungen, die Stabilisierung der Verladeseinschreiber betreffend durchzuführen wird.

Es wurde den Verladeseinschreibern wiederholt seitens des Herrn Verkehrskontrollors Röhling, welcher seinerzeit in dieser Angelegenheit Erhebungen pflegte, wie auch seitens der Stationsvorstände, Personalkommissionsmitglieder, wie auch Arbeiterausschussmitglieder, welche ebenfalls in dieser Angelegenheit mit der Verkehrsdirection in Fühlung standen, die erfreuliche Versicherung gemacht, daß die Stabilisierung der Verladeseinschreiber fertig sei und im Jänner 1910 in Kraft treten wird.

Leider wiederholte sich dies vom Jänner auf den Juni u. s. w. mit jedesmaliger Enttäuschung der auf ihr wohlverdienten Recht wartenden Verladeseinschreiber.

Die bis jetzt nun so enttäuschten Verladeseinschreiber hoffen, daß die an die löbliche Verkehrsdirection gerichtete Anfrage nicht unbeantwortet bleiben wird, sondern den Verladeseinschreibern das Geheimnis, bis wann die schon lange fertiggestellte Stabilisierung der genannten Kategorie in Kraft trete, in kürzester Zeit bekanntgeben wird.

Die auf Antwort ergebend wartenden Verladeseinschreiber der Südbahn.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind aus folgenden Orten in der Zeit vom 9. bis 18. März l. J. eingelaufen: Floridsdorf I, erste Rate, Kr. 300.—, Lundenburg, erste Rate, 100.—, Dahmsitz 20.—, Neudau 20.—, Salzburg II 20.—, Saaz 20.—, Trautenuau 20.—, Peltau 20.—, Marienbad 20.—, Franzdorf 20.—, G. Schl., Wien III, 20.—, S. Matt, Wien I, 100.—, J. Ripper, Wien, 20.—, H. Scherbaum 20.—, L. G. u. C. 20.—, Abgeordneter Sever 20.—, Abgeordneter Schiegl 20.—, Franz Karl 20.—, W. Scheibin 20.—, Franz Rusicka 20.—, S. Brillel 20.—, J. Pfl. Innsbruck, 20.—, Ferdinand Fischel, Steg, 20.—, Doktor Wlad 20.—, Franz Munka, Brünn, 20.—, J. H. u. S., Wien, 20.—, S. H. u. Komp., Wien, 20.—.

Werte Genossen!

Bezüglich der Abrechnung für das „Eisenbahnerheim“ bringen wir Ihnen zur Erleichterung der Durchführung folgendes zur gefälligen Kenntnis:

Die Ihnen seinerzeit gesendeten Drucksorten, das ist Gründer-, Förderer- und Mitgliedskarten, sowie Mitglieds- und Sammelbuchs müssen separat in die Abrechnung eingestellt werden, und sind dieselben detailliert in die Einnahmen- sowie Ausgabeenseite im Kassabuch zu buchen.

Alle diesbezüglichen Geldsendungen ersuchen wir auf separaten Erlagscheinen, welche die Bezeichnung E. H. S. tragen, und zu übermitteln. Im weiteren müssen Sie, Werte Genossen, immer für jene Beiträge, die Sie an uns abführen, jedesmal den Namen sowie die Kartennummer des betreffenden Käufers oder Mitgliedes verzeichnen und auf dem Erlagschein abgekürzt vermerken; zum Beispiel: 1. Gr. Nr. 212, für Herrn Anton Müller, Linz, 20 Kr. 2. Fdr. Nr. 326, für Herrn Albert Mayer, und Nr. 445, für Herrn Josef Brenner, Linz, 20 Kr. Für Sammelbuchs 6 Kr., 16 Mitgliedsbeiträge à 50 S. = 8 Kr.

Die Coupons, welche dem Mitglied übergeben werden, sowie jene, welche an die Zentrale abgeführt werden, müssen ebenfalls die Mitgliedsnummern sowie den Namen des Mitgliedes tragen und können der Gewerkschafts-Couponendung allmonatlich beigelegt werden, um so das Postporto hierfür zu ersparen. Die Mitgliedsnummern sind Zentralnummern und finden Sie dieselben schon vorgegedruckt auf den Mitgliedskarten.

Die Quittierung geschieht durch die Einkostung mit der Ortsgruppenstempel für das betreffende Halbjahr. Die Vereinsleitung.

Advertisement for 'Brim Lincolns von Roskennin' with decorative border and text: 'Brim Lincolns von Roskennin', 'ursin mon domonil, unil dov roissioyn Kreizmalgornit mit Bild Pflonrens Dinnigz als Trifützmonetn und dem Nommen Roskennin zu ne-follinn. Es sijnbt seinln min-dinnomelioyn Nonfolmmioynn.'

An die k. k. Staatsbahndirektion in Prag!

Die Bediensteten der Station und Strecke Klostergrab, die im Juli 1910 vorrückten, sind bis heute immer noch nicht im Besitze der Anstellungsdekrete, obwohl die Stempelgebühren damals sogleich in Abzug gebracht wurden. Die Betroffenen bitten daher um baldige Ausfolgung der Dekrete.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Stadlau. Es diene den Genossen zur Kenntnis, daß die diesjährige Generalversammlung am Mittwoch den 27. März um 8 Uhr abends in Josef Janits Gasthaus, XXI, Stadlauerstraße 5, stattfindet. Referent Genosse Franz Vill.

Ortsgruppe Wien. Samstag den 30. März findet die ganzjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Wien I des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines um 8 Uhr abends im Vereinslokal statt. Referent Genosse Adolf Müller aus Wien.

Ortsgruppe Neubaus in Böhmen. Die Ortsgruppe hält am 24. März um 2 Uhr nachmittags im Lokal des Herrn Schmied in Neubitz eine Versammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung ab. Referent aus Prag. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Gäste sind willkommen.

Zahlstelle Biersdorf. Laut Beschluß der Zahlstellenleitung findet die Generalversammlung am 25. März um halb 4 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Stranzky in Eggenburg statt. Sämtliche dienstfreien Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Komotau. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonntag den 24. März um 2 Uhr nachmittags im Restaurant „Volkshaus“ in Komotau statt. Nachdem wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, wird es allen dienstfreien Genossen zur Pflicht gemacht, am Platz zu sein und sind Frauen herzlich willkommen. Separate Einladungen werden nicht ausgegeben.

Ortsgruppe Teschen. Die Generalversammlung wird am 8. April um 10 Uhr vormittags in der Veranda des Arbeiterheims abgehalten. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Turnau. Die diesjährige Hauptversammlung der Ortsgruppe findet am 24. März 1912 um 10 Uhr vormittags im Gasthaus Bydlo in Liebenau statt. Referent aus Prag.

Ortsgruppe Pözen. Die Generalversammlung findet am 28. März um 8 Uhr nachmittags im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Ortsgruppe Böhmisches-Leipa. Die Generalversammlung wird am 24. März um 3 Uhr nachmittags im Saal des Restaurants „Edelweiß“ in Schwara abgehalten. Die Mitglieder werden ersucht, eifrig zu agieren und sich zahlreich und pünktlich an dieser wichtigen Versammlung zu beteiligen.

Ortsgruppe Würzau. Die Generalversammlung wird am 24. März um 8 Uhr nachmittags im Hotel „Erzherzog Johann“ abgehalten. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen und die Frauen mitzubringen.

Ortsgruppe Pestau. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Monatsversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat im Gasthaus „Zum Elefanten“ stattfinden. Die Bibliothek ist während der Versammlung geöffnet. Ueberdies werden Bücher alle 14 Tage von 6 bis 8 Uhr abends ausgegeben und zurückgenommen.

Ortsgruppe Südbahn I, Südbahn. Die diesjährige Hauptversammlung der Ortsgruppe Graz I findet am Dienstag den 2. April 1912 in den Zufallsfäden in Graz um 8 Uhr abends statt. Die Mitglieder werden ersucht, hierbei regen Anteil zu nehmen, zumal Reichsratsabgeordneter Genosse Tomischil sein Erscheinen zugesagt hat.

Ortsgruppe Trautmannsdorf. Die ganzjährige Generalversammlung wird am 25. März 1912 um 7 Uhr abends im Vereinslokal des Herrn Raudisch am Kreuzplatz stattfinden. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, der Generalversammlung beizuwohnen und hiemit zur Wahl der besten Mitglieder in den Ausschuß mitzuwirken. Die Mitgliedsbücher und die ausgegebenen Bücher aus der Bibliothek sind behufs Kontrolle mitzubringen.

Ortsgruppe Bregenz. Die Generalversammlung wird am 22. März um 8 Uhr abends im Gasthaus „Zum Stern“ in Vorleser abgehalten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig. Auskünfte wegen der Hinterbliebenenunterstützung werden jederzeit von den Ausschußmitgliedern erteilt.

Zahlstelle Rosenbach. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß von nun an jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthaus des Herrn Sittler eine Mitgliederversammlung stattfinden wird. Die nächste Versammlung wird am 24. März um 7 Uhr abends abgehalten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste sind jederzeit willkommen!

Ortsgruppe Oberleutensdorf. Die Ortsgruppe hält am 8. April um 2 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Scharrf eine außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. Sämtliche dienstfreien Mitglieder werden ersucht, zu dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Inhalt der Nummer 8 vom 10. März 1912.

Artikel: Ein gewerkschaftlicher Riesenkampf. März- und April- und Geldsack. Beschäftigungsverhältnisse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber. Zur Durchführung des Härteausgleiches bei den k. k. Staatsbahnen. Die Forderungen des Lokomotivpersonales der österreichischen Eisenbahnen. Protokoll der Sitzung des Arbeiterzentralausschusses der k. k. Staatsbahnen.

Feuilleton: Zwei Tote! Inland: Parlamentsanfang. Beabsichtigte Einschränkung von Jahrbegünstigungen. Ein gemäßigter Deutsch-Besitzer. Ein Epistelrat des Eisenbahnministeriums. Ein Gewaltstreik gegen das Koalitionsrecht der Wiener Straßenbahner. Der betrogene Staat. Bankkapital und Industrie in Oesterreich. Merkfällige Paare. Ausland: Der Streik der Eisenbahner auf den Harriman-Linien. Nahe Zusammenschluß der Eisenbahnerorganisationen in England. Frauen im preussischen Staatsbahndienst. Vom argentinischen Eisenbahnerstreik. Gewerkschaften und Regierung in England.

Aus dem Gerichtssaal: Eine aufgehobene Verurteilung. Streiflichter: Der Einfluß einer raschen Erledigung der Rentenansprüche auf den nervösen Zustand des Unfallverletzten. Zur Einreichung der verunglückten Personenzuglokomotive der k. k. Nordbahn. Von den Friedländer Bezirksbahnen. Bahnerhaltungsstellen Eggenburg. Eine Adressliste auf der k. k. Staatsbahnen. Ein Zusammenstoß auf der k. k. Nordbahn. Eine christlich-soziale Lumperei. Wie man den Eisenbahnerkindern das Luftschneppen verwehren will.

Korrespondenzen: Jägerndorf. Groß-Florian. Jägerndorf. Rimburg. Wa. Wien IX. Wien-Krems a. d. D. Gmünd. Schwarzach. Knittelfeld. Innsbruck. Klagenfurt. Paffenhofen in Tirol. Knittelfeld. Graz-Südbahn. Malnitz. Sing. Wien IX.

Versammlungsberichte: Konferenz der Ortsgruppenvertrauensmänner der organisierten Eisenbahner in Nordböhmen. Protestmeeting des Personals der Auffig-Teplitzer Eisenbahn. Die Forderungen der Eisenbahner der Kaiser-Eberberger Eisenbahn. Eine erregte Eisenbahnerversammlung. St. Valentin. Wiener-Neustadt. Tetschen-Vodenbach.

Aus den Organisationen: Wien-Leopoldsdorf. Waidhofen a. d. Ybbs. Dug i. B. Klostergrab. Wilsleinsdorf. Lichtenau. Brünn I. Schwarzach im Pongau. Reichenberg. Teichstatt. Mistek. Rakonitz.

Verschiedenes: Der Krautbauer und die Nonne. Bleibe im Land und nähre dich redlich. Die Obstruktion des Lokomotivführers.

Technisches: Rauchrohrüberhitzer für Lokomotiven. Eine Eisenbahn übers Meer. Das Wachstum der Lokomotiven. Eine Erfindung zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes. Eine neue Eisenbahnschwelle. Die Heizölfeuerung auf den Staatsbahnen.

Literatur: „Neue Zeit.“ „Der Kampf.“ „Märzzeitung.“

Eingefendet: Generalversammlung des Lebensmittelmagazins in Knittelfeld.

Kalender 1912.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.

Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungskomiteefürung.

Bekanntmachung der Administration: Abrechnung.

Sprechsaal: Resultat der Provisionsfondswahl. An die Bahnerhaltungsarbeiter der Strecke Wien-Bräun. Arbeiter des Staatsbahndirektionsbezirktes Innsbruck! An alle Bediensteten der in Olmütz einmündenden Bahnen (Lebensmittelmagazin). Generalversammlung des Lebensmittelmagazins der St. E. G. Wien. Die Delegiertenwahlen bei der V. N. B.

Offene Anfragen: An die Staatsbahndirektion in Wien, an das Eisenbahnministerium, an die Staatsbahndirektion Villach, an die Direktion der Auffig-Teplitzer Eisenbahn.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Krems a. d. Donau.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein: Oswiecim. Höbelsdorf. Wien XIV. Ungarn. Tannwald-Schumburg. Schreckenstein. Leoben. Wien IX. Eggenburg. Salzburg. St. Ulrich. Landstraße. Gallein. Falkenau a. d. E. Vorderberg. Stadlau.

Briefkasten der Redaktion.

G. N. in W. Die Anfrage in der Provisionsfondsangelegenheit haben wir zur schriftlichen Beantwortung der Rechtschutzabteilung abgetreten. Die Rose sind nicht gezogen. — Johann St. in W. Sie haben nach den geltenden Bestimmungen keinen Anspruch auf Legitimationskarte und Lebensmittel-freifahrtschein. Die Arbeiterausschüsse bemühen sich in dieser Angelegenheit bisher ohne Erfolg. — Härteausgleich 300. Sie haben am Härteausgleich keinen Anteil, weil Sie mit Ihrem gegenwärtigen Gehalt vier Jahre zurück sind, statt der für den Härteausgleich festgesetzten fünf Differenzjahre. — J. Sch. in V. J. Sie sollen auf Grund des Härteausgleiches am 1. Juli 1912 in die Gehaltsstufe von 1200 Kr. vorrücken. Wie der Härteausgleich zu berechnen ist, ersehen Sie aus der Nummer 1 des „Eisenbahner“ vom 1. Jänner 1912 und aus der Nummer 8 vom 10. März 1912. — S. S. Sie haben nach Stempelkala III (Seite 270 Eisenbahnerkalender) nur Kr. 12.50 zu zahlen, so daß Ihnen um Kr. 7.50 zu viel abgezogen wurde. Dies passiert übrigens vielen Bediensteten, die sich nicht wehren, und nach dem Grundsatz daraufzahlen, wer den Mund nicht aufmacht muß den Beutel aufmachen. — G. J. in Pola. Teilen Sie uns mit, in welcher unserer Ortsgruppe oder Zahlstelle Sie Mitglied sind, dann werden wir uns bemühen ihre Anfrage zu beantworten. — An alle unsere Eisenbahner. Wir können unmöglich allen an uns gestellten Anforderungen wegen Unterbringung der Eisenbahner nachkommen, wenn sich nicht alle Genossen beim Verfassen der uns zugehenden Einsendungen der möglichen Kürze besleißigen, und wenn sie sich nicht darauf beschränken, nur über tatsächlich wichtige Angelegenheiten zu berichten. Auch diesmal müssen mehrere fertiggestellte Artikel zurückgestellt werden.

Inferate. Für den Inhalt der Inferate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. Immer geordnete Ver-antwortung.

Im Dienste MAGGI. geht nichts über eine wärmende und anregende Rindsuppe. Eine solche ergibt — nur durch Übergießen mit 1/4 Liter kochendem Wasser — MAGGI'S Würfel (fertige Rindsuppe) à 5 h. Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Nebenerwerb oder Existenz. Woher sich Herron und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltsgegenstände, Reisen verdienen lassen. Näheres gratis. Anfragen mittels Postkarte unter „Nr. 22“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9.

Die neue Adresse unseres Druckerlogebudes bitten wir genau zu beachten: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Swoboda & Co. V, Rechte Wienzelle 97 (früher V, Wienstrasse 89a) Telefon 2364 3545

Ehrenerklärung. Ich bedauere, in der Klubführung der Kondukteure der k. k. Staatseisenbahngesellschaft am 4. Februar 1912 eine Aeusserung gemacht zu haben, durch die Herr Salomon Reif sich in seiner Ehre beleidigt fühlt. Ich erkläre, daß ich nie die Absicht hatte, Herrn Reif zu beleidigen, und daß ich ihm nichts Unehrenhaftes, insbesondere nicht einen Mißbrauch seiner Vertrauensstellung nachsagen kann. Ich bitte ihn daher um Entschuldigung. Anton Wurmbauer.

1000 und 1 Nacht. habo ich darüber nachgedacht, wie es anders bei geringem Einkommen anstellen, das sich stets elegant und schick kleiden, als ich endlich das Fabrikat-Vorwandhaus „Liberia“, Reichenberg 6 L. B., entlockte, wo sich ein reichsortiertes Lager in Herren-Anzugs- und engl. Kostümstoffen etc. zu staunend billigen Preisen zu haben ist. Tausende Meter Reste stets lagernd. Kreditfähigen Teilzahl ung ohne Anzahlung. Muster auswärts franko.

Billige Bettfedern und Daunen. Fertige gefüllte Betten. aus blickdichtem, roten, blauem, gelbem oder weißem Mantel (Raufling), 1 Zuchent, ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kissen, polstern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, aromen, haumigen und dauerhaften Gefieder K 18.—, Halbhaunen K 20.—, Daunentücken K 21.—, einzelne Zuchente K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, einzelne Kissenpolster K 3.—, 3.50, 4.—, Zuchente, 200 x 140 cm, groß, K 13.—, 15.—, 18.—, 20.—, Kissenpolster, 90 x 70 cm, groß, K 4.50, 6.—, 8.50. Unterzüge aus bestem Bettzeug, 180 x 110 cm, groß, K 13.—, und K 15.—, verleiht gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Max Berger in Teichnitz Nr. 423a, Böhmerwald. Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld zurückhatten wird. Reichhaltige Muster. Preisliste gratis und franco.

Männerkrank. heiten und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Nummer. Neuester Lehrrechercher Ratgeber und Begleiter zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen, Geschlechtsverwundungen, Folgen nervenkrankender Leidenchaften und Urtzelle und aller sonstigen gebräunlichen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches von geradezu unbeschreiblichem gesundheitlichem Nutzen. Der Gelehrte lernt sich vor Krankheit und Eitrum zu schützen, der bereits Leidende aber lernt den sichersten Weg zu seiner Heilung kennen. Viele interessante, belehrende Abbildungen. Für Kr. 1.00 in Briefmarken franco von Dr. med. Nummer, Wien 81, Schmelz.

Achtung, Eisenbahner!! Bei Geld erwaren Sie beim Eintaus! Von Veranlassern eleganteste Herrenanzüge von K 14.—, ältere von K 10.—, Robenröcke, Westrocken von K 8.50, Wadenhosen von K 4.—, aufwärts. Großes Lager Bettwäsche, weiß oder farblich, nur K 5.—, Verlässlicher K 1.00, dünner Bettzeug, Damastbetten, Bettuch, Kissen, Gassen, Kissen, per Stück nur K 9.50, Handtücher, 2 Stück, K 8.—, Kissen, K 8.—, garantiert unzerbrechlicher Ware, alles erkauflich billig. Ankauf in Wien nur bei Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40. Auch Briefbestellungen per Waage K 3.—, francoporto und nach der Nachnahme.

Beste böhmische Bezugsquelle! Billige Bettfedern! Fertige gefüllte Betten. 1 kg graue, ante, gefüllte 2 h, bessere K 40.—, pr. wa halbwette K 50.—, weisse K 4.—, weisse, haumige K 10.—, 1 kg hoch eine, iguene, weisse, gefüllte K 40.—, K 1 kg Taunen (Haum), orange K 7.—, weisse, feine K 10.—, abnehmbar Prunbaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franco. S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen. Reichhaltige Preisliste gratis und franco.

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig, Ihr Schlaf gesund, Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn Sie den echten Feller's Fluid m. d. W. „Eisfluid“ benützen. Probeyoung 5 Kronen franko. Erzeuger mit Apotheker E. V. Feller in Stubica, (Slaplag Nr. 191 (Kroatien))

